

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2002

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

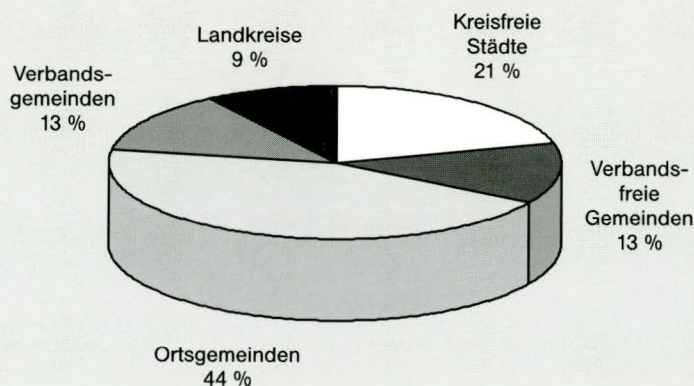
September

Oktober

November

Dezember

Ausgaben für Sachinvestitionen
der Gemeinden und Gemeindeverbände 2000
nach Gebietskörperschaftsgruppen



Inhalt

Entwicklungen im Güterverkehr	21	Seit vielen Jahren expandiert der Güterverkehr mit einer auffallenden Stetigkeit. Prognosen auf Landes- und Bundesebene gehen weiterhin von einem wachsenden Verkehrsaufkommen aus. Insgesamt hat sich der Modal Split, das ist der Anteil der einzelnen Verkehrsträger am gesamten Güterverkehr, zugunsten der Straße und vor allem zulasten der Eisenbahn verschoben.
Investitionsschwerpunkte der Gemeinden und Gemeindeverbände	27	Die Sachinvestitionen beanspruchen bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden einen sehr viel höheren Anteil der Ausgaben als bei Bund und Ländern, da durch die Gemeinden und Gemeindeverbände wichtige Infrastruktureinrichtungen auf lokaler Ebene geschaffen werden.
Betriebssysteme und Standardbetriebseinkommen landwirtschaftlicher Betriebe 1999	31	Im Rahmen der Agrarstrukturerhebung werden alle zwei Jahre die landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrem betrieblichen Schwerpunkt und der Einkommenskapazität dargestellt. Entsprechend den regionalen Produktionsbedingungen haben die landwirtschaftlichen Betriebe in den Landkreisen verschiedene Ausrichtungen und demnach auch unterschiedliche Einkommenskapazitäten.
Kurzbeiträge	40	Aktuelle Zwischenerhebung der bestockten Rebfläche
Anhang	13*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	22*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland
	24*	Neuerscheinungen im Januar

Neun Zehntel des Güterumschlags entfallen auf den Lkw-Verkehr

Seit vielen Jahren expandiert der Verkehr mit einer auffallenden Stetigkeit, und zwar sowohl der Güterverkehr als auch der Personenverkehr. Entsprechend den Prognosen auf Landes- und Bundesebene wird das Verkehrsaufkommen auch in den nächsten Jahren insbesondere im Güterverkehr sehr stark anwachsen. Der europäische Einigungsprozess, die deutsche Wiedervereinigung und die Öffnung der Grenzen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten bringen Wachstumsimpulse und stellen die Verkehrspolitik vor neue und vielfältige Aufgaben. Das Wachstum kann jedoch nur von allen Verkehrsträgern gemeinsam bewältigt werden.

Dennoch sind sich die Experten darin einig, dass die Straße Hauptverkehrsträger bleibt, auch wenn es zu einer deutlichen relativen Verteuerung des Straßengüterverkehrs im Vergleich zu den konkurrierenden Verkehrsträgern kommt. Hierbei ist auch die Verkehrsinfrastruktur ein wesentlicher Bestandteil eines starken und dynamischen Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz sowie zentrale Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung.

2000 wurden in Rheinland-Pfalz 376,7 Mill. t Güter per Lastkraftwagen, Eisenbahn und Binnenschiff umgeschlagen. Der Güterverkehr erreichte damit eine Beförderungsleistung (gemessen als Produkt aus Gütermenge und Transportweite) von 39,7 Mrd. Tonnenkilometern. Dominierend ist der Lastkraftwagen, auf den neun Zehntel (339,2 Mill. t) des Gesamtumschlags entfielen. Per Binnenschiff wurden in rheinland-pfälzischen Häfen zudem 25,9 Mill. t an Gütern ein- oder ausgeladen (Anteil: 6,9%); Versand und Empfang im Wagenladungsverkehr der Eisenbahnen beliefen sich auf 11,5 Mill. t (Anteil: 3,1%).

Mehr über dieses Thema auf Seite 21.

Kommunen investieren vor allem in den Verkehr

Im langjährigen Durchschnitt investieren die Gemeinden und Gemeindeverbände jährlich 1,2 Mrd. Euro, das entspricht 20% ihrer Gesamtausgaben. Die größten kommunalen Investoren sind die Ortsgemeinden, mit großem Abstand gefolgt von den kreisfreien Städten, den Verbandsgemeinden und den verbandsfreien Gemeinden; das Schlusslicht bilden die Landkreise. Die Sachinvestitionen der Gemeinden und Gemeindeverbände haben einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt, der Summe der im Land erzeugten Waren und Dienstleistungen, von 1,5%.

Eindeutiger Schwerpunkt der kommunalen Investitionstätigkeit ist das Verkehrswesen, mit beträchtlichem Abstand folgen der Schulbereich, das allgemeine Grundvermögen sowie der Bereich Wohnungswesen und Raumordnung. Im langjährigen Durchschnitt entfallen auf diese vier Aufgabengebiete fast zwei Drittel der Sachinvestitionen.

Die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände haben bereits seit vielen Jahren ihre kostenrechnenden Einrichtungen aus den Haushalten ausgegliedert und wirtschaftlich verselbstständigt. Dies trifft insbesondere auf die Bereiche der Ver- und Entsorgung sowie des Verkehrs zu. Diese öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen haben in Rheinland-Pfalz eine erhebliche Bedeutung, denn sie investieren nahezu genau so viel in ihre Sachanlagen, wie die Gemeinden und Gemeindeverbände für Sachinvestitionen ausgeben. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 27.

Standortfaktoren bestimmend für den Schwerpunkt eines landwirtschaftlichen Betriebes

Die regionalen Standortfaktoren wie die klimatischen Verhältnisse, die Höhenlage und die Bodenbeschaffenheit bestimmen in vielen Fällen den betrieblichen Schwerpunkt eines landwirtschaftlichen Betriebes. Der Wein- und Obstbau hat sich auf Grund des günstigen Mikroklimas für Dauerkulturen vorwiegend in der Nähe der Flüsse etabliert. Dementsprechend finden sich hier verstärkt Dauerkulturbetriebe. 1999 gehörten fast 90% der landwirtschaftlichen Betriebe im Landkreis Mainz-Bingen zu den Dauerkulturbetrieben. An der Südlichen Weinstraße waren es 88%.

Der Futterbau ist dagegen vorwiegend in Westerwald und Eifel beheimatet. Das in den Höhengebieten vorhandene Dauergrünland lässt sich durch Raufutterfresser wie Rinder und Schafe wirtschaftlich am günstigsten nutzen. Im Westerwaldkreis waren 78% der landwirtschaftlichen Betriebe auf den Futterbau spezialisiert, ein Wert, der in keinem anderen Landkreis erreicht wird. Die durch die Rinderhaltung geprägten Landkreise Daun und Bitburg-Prüm kamen auf Anteile der Futterbaubetriebe von 72 bzw. 70%. Der Marktfruchtanbau ist verstärkt an den übrigen Standorten anzutreffen. Auf jeweils 59% kamen 1999 der Rhein-Hunsrück-Kreis und der Donnersbergkreis. Die Landkreise Germersheim und Ludwigshafen, die sich besonders durch den Gemüseanbau auszeichnen, lagen mit 58 und 57% nur geringfügig niedriger.

Die Einkommenskapazität landwirtschaftlicher Betriebe kann mit Hilfe des Standardbetriebseinkommens beurteilt werden. 1999 belief es sich durchschnittlich auf knapp 19 200 Euro. Nur 16% der landwirtschaftlichen Betriebe erzielten ein Standardbetriebseinkommen von mindestens 38 347 Euro (75 000 DM). Im Landkreis Ludwigshafen wies 1999 jeder zweite landwirtschaftliche Betrieb ein Standardbetriebseinkommen von 38 347 Euro und mehr auf. Es folgte mit einem Anteil von 30% der Landkreis Germersheim. Die Betriebe in den Höhengebieten kamen dagegen überwiegend nur auf geringe Standardbetriebseinkommen. Über die Hälfte der Betriebe im Westerwaldkreis erzielte nicht einmal ein Standardbetriebseinkommen von 2 556 Euro (5 000 DM). bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 31.

Bruttoinlandsprodukt nach Regionen: Städte in der Produktionsentwicklung hinter den Landkreisen

Mit dem Ziel, eine zuverlässige und vergleichbare quantitative Beschreibung der Volkswirtschaften in den Regionen der Europäischen Union (EU) zu erreichen, wurde auf dem Verordnungsweg das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) eingeführt. Darin wird den EU-Mitgliedstaaten rechtsverbindlich vorgeschrieben, dass sie für die Berechnung regionaler Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für EU-Zwecke ab dem Jahr 2000 das einheitliche System anzuwenden haben.

Mit der Anwendung der Methodik des ESGV 1995 wurden die bisher veröffentlichten Ergebnisse der VGR auf Länderebene durch den Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, dem alle statistischen Landesämter angehören, ab 1991 grundlegend überarbeitet. Danach war das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab für die in einer bestimmten Periode erbrachte wirtschaftliche Leistung in Rheinland-Pfalz 1998 in den Landkreisen (bewertet in jeweiligen Preisen) gut 18% höher als 1992; in den kreisfreien Städten belief sich das Wachstum dagegen nur auf +9,4%. Der Anteil der auf die kreisfreien Städte entfallenden Wirtschaftsleistung war mit 43% dabei nicht viel niedriger als in den Landkreisen (57%). Unter den fünf landesplanerischen Regionen hat die Region Mittelrhein-Westerwald mit rund 30% den höchsten Anteil, gefolgt von den Regionen Rheinpfalz (24,9%) und Rheinhessen-Nahe (22,2%). Das Schlusslicht bilden die Regionen Trier und Westpfalz mit jeweils rund 11,5%.

Gegenüber 1992 war die Wachstumsrate in den Landkreisen Alzey-Worms, Ludwigshafen, Mainz-Bingen, Trier-Saarburg und im Rhein-Hunsrück-Kreis mit Werten zwischen +25 und +28% am höchsten. Über dem Durchschnitt bei den kreisfreien Städten lagen Zweibrücken und Landau in der Pfalz mit Wachstumsraten von gut 18 bzw. rund 21%. Zweibrücken und Landau rangierten damit aber, gemessen an ihrem Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz von unter 1,5%, weiterhin am unteren Ende der Skala der Verwaltungsbezirke. Das Wirtschaftswachstum zwischen 1992 und 1998 im Vergleich der landesplanerischen Regionen war, anders als in den einzelnen Verwaltungsbezirken, mit Zunahmen zwischen rund 13 und 16% weitgehend ausgeglichen.

Das Bruttoinlandsprodukt misst die Produktion in einem bestimmten Gebiet unabhängig davon, ob z. B. die Erwerbstätigen ihren ständigen Wohnsitz in diesem Gebiet haben oder nicht. Bezogen auf die ebenfalls so berechnete Zahl der Erwerbstätigen übertraf vor allem Ludwigshafen am Rhein den durchschnittlichen Wert für das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz (+42%). Erst mit weitem Abstand (+13%) folgte Frankenthal.

Nähere methodische Erläuterungen und revidierte Ergebnisse für die Jahre 1992, 1994 und 1996 bis 1998, auch für die Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbezirken in den Verwaltungsbezirken und landesplanerischen Regionen, hat das Statistische Landesamt in einem statistischen Bericht (siehe Neuerscheinungen Seite 24*) veröffentlicht. Vergleiche mit früher veröffentlichten Zeitreihen sind aufgrund der methodischen Umstellungen nicht möglich. hü

Vergleichsweise wenig Schwangerschaftsabbrüche in Rheinland-Pfalz

Nur 59 von 10 000 Rheinland-Pfälzerinnen im gebärfähigen Alter haben im Jahr 2000 einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen. Dies war die niedrigste Quote unter allen Bundesländern. Gleichzeitig ergaben Auswertungen der zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Schwangerschaftsabbruchstatistik nach dem Land, in dem der Eingriff vorgenommen wurde, dass Frauen aus Rheinland-Pfalz den Abbruch häufiger in einem anderen Bundesland durchführen ließen, als dies bei Frauen aus anderen Bundesländern der Fall war. Unter den 20- bis 25-Jährigen zeigte sich die höchste Quote mit 109 Schwangerschaftsabbrüchen je 10 000 Frauen dieser Altersgruppe. Diese und weitere Ergebnisse für Deutschland enthält ein Beitrag in der Monatszeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ des Statistischen Bundesamtes, Ausgabe 12/2001. hü

Entwicklungen im Güterverkehr

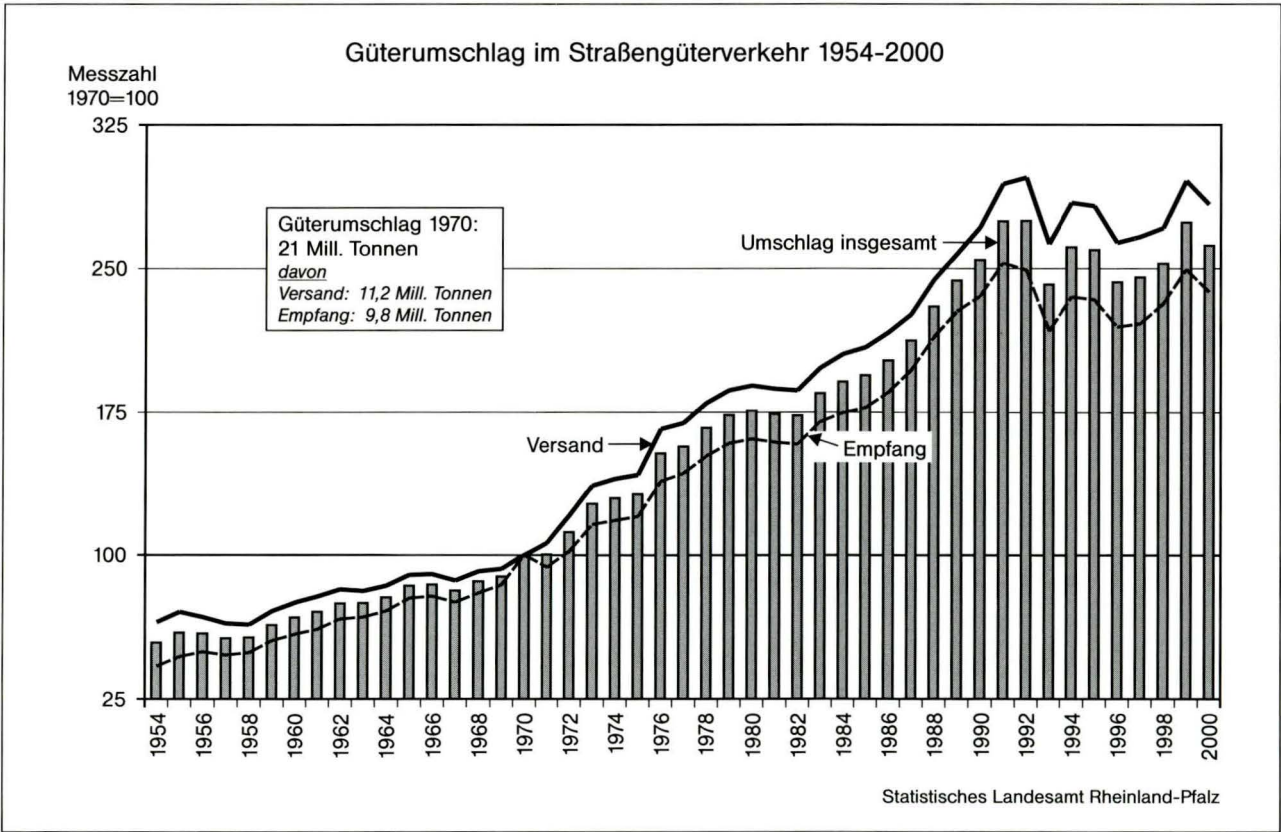
Der Verkehrssektor stellt Basisleistungen bereit, die Voraussetzung für das Funktionieren von Märkten, für die Arbeitsteilung und die physischen Transaktionen sind. So sind etwa Industrie, Handel und andere Dienstleister existenziell darauf angewiesen, dass der Güterverkehr möglichst reibungslos funktioniert. Unternehmen wollen im europäischen Standortwettbewerb nicht nur preiswert produzieren und einen hohen Qualitätsstandard gewährleisten, sie sind auch bestrebt, ihre Kunden schnell und zuverlässig zu erreichen. Andererseits gehen vom Verkehr auch Belastungen wie Flächen- und Energieverbrauch, Luftverschmutzung, Lärm sowie Unfälle mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten aus.

Seit vielen Jahren expandiert der Verkehr mit einer auffallenden Stetigkeit, und zwar sowohl der Güterverkehr als auch der Personenverkehr. Entsprechend den Prognosen auf Landes- und Bundesebene wird das Verkehrsaufkommen auch in den nächsten Jahren insbesondere im Güterverkehr sehr stark anwachsen. Der europäische Einigungsprozess, die deutsche Wieder-

vereinigung und die Öffnung der Grenzen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten bringen Wachstumsimpulse und stellen die Verkehrspolitik vor neue und vielfältige Aufgaben. Das Wachstum kann jedoch nur von allen Verkehrsträgern gemeinsam bewältigt werden.

Straße bleibt Hauptverkehrsträger

In Prognosen ist man sich darüber einig, dass die Straße Hauptverkehrsträger bleibt, auch wenn es zu einer deutlichen relativen Verteuerung des Straßengüterverkehrs im Vergleich zu den konkurrierenden Verkehrsträgern kommen wird. Die Verkehrsinfrastruktur ist ein wesentlicher Bestandteil eines starken und dynamischen Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz sowie zentrale Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. So arbeitet die rheinland-pfälzische Landesregierung auf die Optimierung der Fernstraßenverbindungen hin, verfolgt aber neben den großräumigen Straßenverbindungen eine Verbesserung der regionalen Standorte durch den Bau von Ortsumgehungen im



Zuge von Bundes- und Landesstraßen mit einem erheblichen Investitionsvolumen. Zudem ist der Ausbau rheinland-pfälzischer Güterverkehrszentren eine wichtige Voraussetzung für die Verlagerung von Teilen des Straßengüterverkehrs über große Entfernungen auf die umweltverträglicheren Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße.

Im vorliegenden Beitrag sollen Struktur und Entwicklung der drei wichtigsten Güterverkehrsträger Straße, Binnenwasserstraße und Schiene auf der Ebene des Landes Rheinland-Pfalz dargestellt werden. Bestehende Lücken in den amtlichen Statistiken werden durch die Einbeziehung eigener und fremder Untersuchungen und Berechnungen so weit wie möglich geschlossen. Die Luftfracht, deren quantitative Bedeutung in Rheinland-Pfalz insgesamt sehr gering ist, bleibt hier außerhalb der Betrachtung. Ausgeblendet wird auch die Beförderung von Rohöl in Rohrleitungen, da sich diese Gütertransporte auf der regionalen Ebene des Bundeslandes nicht sinnvoll abbilden lassen.

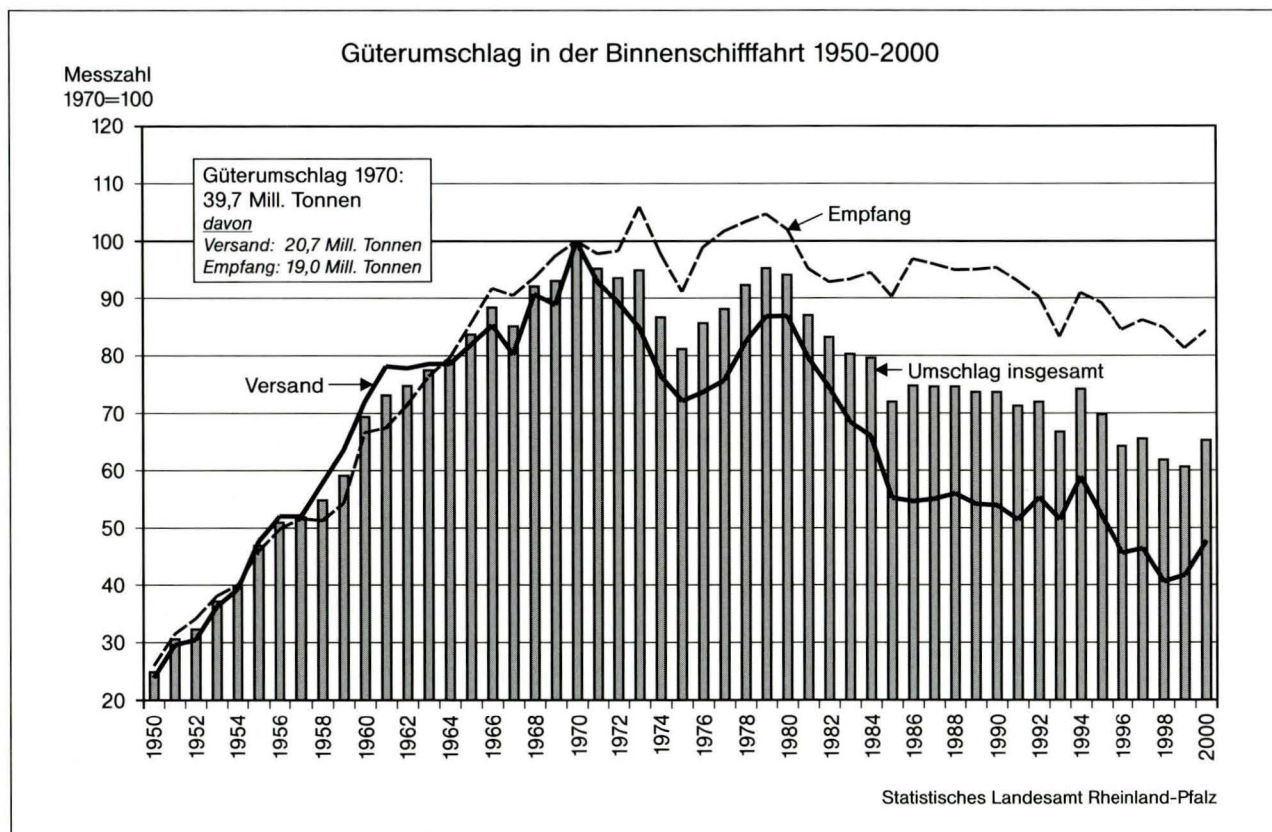
Im Jahr 2000 wurden in Rheinland-Pfalz 376,7 Mill. t Güter per Lastkraftwagen, Eisenbahn und Binnenschiff umgeschlagen, das ist die Summe aus Güterversand und -empfang. Der Güterverkehr erreichte eine Beförderungsleistung – als Produkt aus Gütermenge und Transportweite – von 39,7 Mrd. tkm (Tonnenkilometer). Dominierend ist der Lastkraftwagen, auf den neun Zehntel (339,2 Mill. t) des Gesamtumschlags entfielen. Per Binnenschiff wurden in rheinland-pfälzischen Häfen zudem 25,9 Mill. t Güter (Anteil: 6,9%) ein- oder ausgeladen; Versand und Empfang im Wagenladungsverkehr der Eisenbahnen belief sich auf 11,5 Mill. t (3,1%).

Transport auf der Straße stößt an Grenzen

Der Lastkraftwagen ist nicht nur mengenmäßig der weitaus bedeutendste Verkehrsträger, er weist im längerfristigen Vergleich auch hohe Wachstumsraten auf, die in den 1970er- und 1980er-Jahren sowohl im Empfang als auch im Versand von Gütern besonders nachhaltig waren. In den 90er-Jahren waren die Zuwächse eher moderat. In einzelnen Jahren werden, zu einem wesentlichen Teil sicher konjunkturbedingt, sogar Einbußen sichtbar. 2000 lag das Gewicht der von Lastkraftwagen umgeschlagenen Gütermenge um 1% über dem Wert des Jahres 1995. Da die Statistik zum Güterkraftverkehr seit Mitte 1994 als Primärstatistik in Form einer repräsentativen Stichprobenerhebung konzipiert ist, lassen sich die aktuellen Ergebnisse nicht mehr zuverlässig mit früheren Jahren vergleichen (siehe Erläuterungen in der Textübersicht „Änderungen in der Statistik des Straßengüterverkehrs“).

Binnenschifffahrt und Eisenbahn verloren Marktanteile

Ganz anders war die Entwicklung in der Binnenschifffahrt und auf der Schiene: In der Binnenschifffahrt, zweitwichtigster Verkehrsträger des Landes, ging der Güterumschlag von 1970 bis 1990 um ein gutes Viertel auf 29,3 Mill. t zurück. Bis zum Jahr 2000 setzte sich diese negative Tendenz (–11,5%) fort, so dass der Marktanteil kontinuierlich gesunken ist. Für diese Einbußen ist in erster Linie der stark rückläufige Versand von Gütern verantwortlich. Empfangsseitig ist auf den rheinland-pfälzischen Wasserstraßenabschnitten von Rhein und Mosel im genannten 20-Jahres-Zeitraum le-



Änderungen in der Statistik des Straßengüterverkehrs

Aufgrund der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes und der damit einhergehenden Liberalisierung und Deregulierung der Verkehrsmärkte wurde die nationale Tarifbindung für Güterbeförderungen im Straßengüterverkehr durch das Gesetz zur Aufhebung der Tarife im Güterverkehr vom 13. August 1993 ab dem 1. Januar 1994 für den gewerblichen Güterfernverkehr aufgehoben. Damit ist die Pflicht zur Vorlage von Frachtbriefen – eine der wesentlichen Datenquellen der bis 1993 durchgeführten Statistiken zum Straßengüterfernverkehr – entfallen. Datengrundlage für die Erstellung der Statistiken zum Werkfernverkehr¹⁾ waren bis dahin die Monatsübersichten der Werkfernverkehr betreibenden Unternehmen. Zum Nahverkehr lagen von 1979 bis 1992/93 lediglich Eckdaten für Güteraufkommen und Beförderungsleistungen aus Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vor. Das frühere Erhebungskonzept wurde deshalb grundlegend verändert.

1) Unter Werkfernverkehr ist die Beförderung von Gütern mit Kraftfahrzeugen für eigene Zwecke des Unternehmens über die Nahzone (lt. Güterkraftverkehrsgesetz heute bis zu 75 km) hinaus zu verstehen. Analog definiert sich der Werknahverkehr. Der Werkverkehr eines Unternehmens darf nur eine Hilfstätigkeit im Rahmen seiner gesamten Tätigkeit darstellen. Im Unterschied zum Werkfernverkehr stellt der gewerbliche Fernverkehr keine Tätigkeit im Rahmen der gesamten Tätigkeit des Unternehmens dar, sondern erfolgt für andere gegen Entgelt.

Wie in fast allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist die Statistik zum Güterkraftverkehr nunmehr als Primärstatistik in Form einer repräsentativen Stichprobenerhebung konzipiert. Auswahlgrundlage hierfür ist das Zentrale Fahrzeugregister des Kraftfahrt-Bundesamtes. Als Auswahlseinheiten festgelegt sind Lastkraftwagen mit einer Nutzlast von mehr als 3,5 t und Sattelzugmaschinen. Für die befragten Fahrzeughalter besteht Auskunftspflicht.

Die Primärstatistik zum Güterkraftverkehr wird seit Mitte 1994 erstellt. Sie liefert nach Wegfall der ehemaligen Sekundärstatistik „Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen“ sowohl Daten zum Nah- als auch zum Fernverkehr, und zwar sowohl für den gewerblichen Verkehr als auch den Werkverkehr. Von der Erhebung nicht erfasst ist die Gesamtheit der Güterbeförderungen ausländischer Kraftfahrzeuge, selbst wenn der Be- und Entladeort auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegt. Angaben zu ausländischen Lastkraftfahrzeugen sind der Statistik des grenzüberschreitenden Straßenverkehrs des Kraftfahrt-Bundesamtes zu entnehmen. Mit der Primärstatistik zum Güterverkehr werden hierzu nur noch Eckwerte gewonnen.

Der beschriebene Strukturbruch der Primärstatistik zur ehemaligen Sekundärstatistik lässt sinnvolle Vergleiche der jetzt auf einer Stichprobe beruhenden Statistik mit der alten Fernverkehrsstatistik kaum mehr zu.

diglich ein Rückgang von 4,6% zu verzeichnen, der sich bei einem Minus von 11,6% in den Jahren von 1990 bis 2000 allerdings intensiviert.

Auch der Schienengüterverkehr – hier verringerte sich die Menge der umgeschlagenen Güter um annähernd vier Zehntel auf 14,5 Mill. t – büßte zwischen 1970 und 1990 nennenswerte Marktanteile ein. Versand und Empfang waren hiervon gleichermaßen betroffen. In den 90er-Jahren ging der Umschlag dann um ein weiteres Fünftel zurück. Insgesamt hat sich damit der Modal Split, das ist der Anteil der einzelnen Verkehrsträger am gesamten Güterverkehr, zugunsten der Straße verschoben.

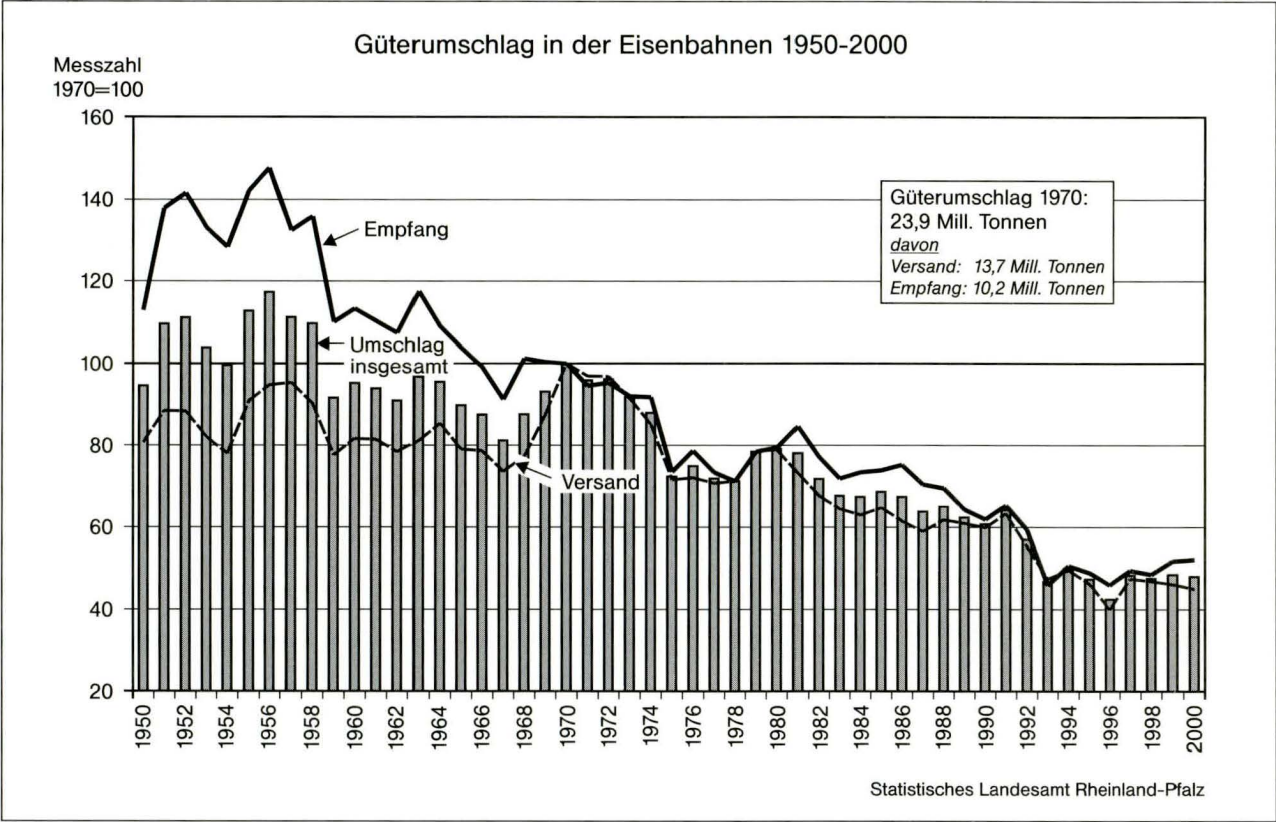
In der Tendenz nicht viel anders sieht das Bild hinsichtlich der Beförderungsleistung aus. Von der gesamten Beförderungsleistung in Höhe von 39,7 Mrd. tkm entfielen 2000 insgesamt 31,7 Mrd. tkm auf den Lastkraftwagen, gefolgt von der Binnenschifffahrt mit 6,2 Mrd. und den Eisenbahnen mit gut 1,8 Mrd. tkm. Betrachtet man auch hier den Modal Split, so entfielen hinsichtlich der Beförderungsleistung fast vier Fünftel auf den Lastkraftwagen, 16% auf die Binnenschifffahrt und 4,6% auf den Eisenbahnverkehr. Der Anteil des Straßengüterverkehrs an der Beförderungsleistung ist geringer als an der Umschlagsmenge, da sich hier die höheren durchschnittlichen Transportweiten der Verkehrsträger Eisenbahn und Binnenschiff auswirken. Allerdings hat sich auch hier der Modal Split im längerfristigen Vergleich zugunsten der Straße und vor allem zulasten der Eisenbahn verschoben. Experten neigen heute mehrheitlich zu der Auffassung, dass lediglich der

Modal Split dieser Beförderungsleistung zu beeinflussen ist, nicht dagegen die zukünftig zu erwartende absolute Zunahme.

Transportleistung auf der Straße wächst weiter

Im Jahr 2000 setzte sich der seit Jahren beobachtete Anstieg der Transportleistung inländischer Lastkraftfahrzeuge mit einem Zuwachs von 2% auf 29,2 Mrd. tkm fort. Dabei wurde mit 312,8 Mill. t aber eine geringere Gütermenge als im Vorjahr (–4,5%) umgeschlagen. Dies ist vor allem auf einen starken Rückgang der gewichtsmäßig bedeutenden, aber in der Regel über kürzere Entfernung transportierten Steine und Erden zurückzuführen, der wiederum in erster Linie aus der Schwäche der Bauwirtschaft resultiert. Die Güterabteilung Steine und Erden, die die Entwicklung des Straßengüterverkehrs aufgrund ihres Anteils von 58,2% an der insgesamt von inländischen Lastkraftwagen umgeschlagenen Gütermenge ganz wesentlich mitbestimmt, musste 2000 einen Rückgang der Tonnage von rund 10% hinnehmen. Hiervon waren Versand und Empfang gleichermaßen betroffen. Auf der anderen Seite erlebten Fahrzeuge, Maschinen, andere Halb- und Fertigwaren genauso wie chemische Erzeugnisse, Nahrungs- und Futtermittel sowie land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse spürbare Zuwächse, die die Entwicklung etwas begünstigten.

Im Jahr 2000 war die Entwicklung im Straßengüterverkehr auf Bundesebene sehr ähnlich: Rückläufige Werte in der Tonnage gingen einher mit einer höheren Leistung gemessen in Tonnenkilometern. Nach der jüngst vorgelegten Schätzung des Bundesministeriums



für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wurden im Bundesgebiet 2001 ungefähr 3,2 Mrd. t auf der Straße befördert, rund 2,9% weniger als im Vorjahr. Die dabei im Inland erzielte Leistung stieg aber von 350,5 Mrd. auf 357 Mrd. tkm, das heißt die Güter wurden durchschnittlich rund 113 km weit befördert.

Von den 160,1 Mill. t (-4,2% gegenüber 1999), die im Jahr 2000 in Rheinland-Pfalz mit inländischen Lastkraftwagen zum Versand gelangten, wurden sieben Zehntel (113 Mill. t) auch wieder innerhalb des Bundeslandes ausgeladen. 8% (12,5 Mill. t) der Versandgüter gelangten nach Nordrhein-Westfalen, 6% (10,3 Mill. t) hatten einen Abnehmer in Baden-Württemberg. 2% (3,4 Mill. t) der auf der Straße verschickten Güter hatten einen ausländischen Adressaten. Auf der anderen Seite

reduzierte sich im Jahr 2000 die Menge der empfangenen Güter insgesamt um 4,8% auf 152,8 Mill. t. Während der ganz überwiegende Teil dieser Gütermenge, wie eben erwähnt, aus Rheinland-Pfalz selbst stammt, kamen 7% (10,9 Mill. t) aus Nordrhein-Westfalen und jeweils rund 6% aus Hessen (9,3 Mill. t) und Baden-Württemberg (9 Mill. t). Nur 1,6% (2,5 Mill. t) hatten einen ausländischen Absender.

Binnenschifffahrt: Gute Position im grenzüberschreitenden Verkehr

Die Mehrzahl der in Rheinland-Pfalz verkehrenden Binnenschiffe fährt unter ausländischer Flagge. Nur noch 42% der auf Rhein und Mosel verkehrenden Ein-

Güterumschlag inländischer Lastkraftfahrzeuge von 1995-2000 nach Güterabteilungen

Güterabteilung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	Veränderung 2000 gegenüber 1999
	1 000 t						%
Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, lebende Tiere	12 112	12 086	10 728	11 765	10 438	13 351	27,9
Andere Nahrungs- und Futtermittel	23 415	22 948	23 399	23 272	24 119	24 414	1,2
Feste mineralische Brennstoffe	.	1 044	358	251	194	191	-1,9
Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	13 531	13 972	13 619	11 947	12 474	10 872	-12,8
Erze und Metallabfälle	.	2 755	2 256	2 849	3 108	3 591	15,5
Eisen, Stahl und NE-Metalle	.	6 563	7 176	6 308	5 646	4 672	-17,2
Steine und Erden	184 265	170 482	173 642	178 716	202 473	182 026	-10,1
Düngemittel	.	1 681	1 264	1 353	1 048	1 310	25,0
Chemische Erzeugnisse	28 640	26 884	27 420	29 951	30 018	30 503	1,6
Fahrzeuge, Maschinen, sonstige Halb- und Fertigwaren	29 433	31 530	32 944	35 564	37 916	41 916	10,5
Insgesamt	309 857	289 943	292 806	301 975	327 436	312 846	-4,5

Güterumschlag in der Binnenschifffahrt von 1995-2000 nach Güterabteilungen

Güterabteilung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	Veränderung 2000 gegenüber 1999
	1 000 t						%
Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, lebende Tiere	430	468	471	424	454	523	15,1
Andere Nahrungs- und Futtermittel	1 635	1 303	1 474	1 566	1 490	1 520	2,0
Feste mineralische Brennstoffe	1 702	1 508	1 232	891	572	301	-47,3
Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	7 137	6 697	6 852	6 195	6 239	6 519	4,5
Erze und Metallabfälle	341	280	285	210	186	240	28,9
Eisen, Stahl und NE-Metalle	706	646	690	682	604	728	20,5
Steine und Erden	9 328	8 099	8 099	7 911	7 823	8 429	7,7
Düngemittel	1 648	1 551	1 604	1 605	1 524	1 682	10,4
Chemische Erzeugnisse	3 119	2 994	3 152	2 919	2 888	3 401	17,8
Fahrzeuge, Maschinen, sonstige Halb- und Fertigwaren	1 682	1 948	2 146	2 139	2 301	2 578	12,0
Insgesamt	27 729	25 493	26 004	24 543	24 082	25 921	7,6

heiten, die annähernd 39% der gesamten registrierten Tragfähigkeit für sich beanspruchten, waren im Jahr 2000 in Deutschland gemeldet. Die unter niederländischer Flagge fahrenden Schiffe, dies waren gut 46%, vereinigten gut 49% der gesamten Tragfähigkeit auf sich. Im längerfristigen Vergleich wird sichtbar, dass Transporteure aus dem europäischen Ausland im Zuge der Marköffnung innerhalb der Europäischen Union ihre Frachtanteile zuungunsten der deutschen Reeder stetig ausbauen.

Insgesamt wurden im Jahr 2000 in rheinland-pfälzischen Häfen, Lösch- und Ladestellen mit deutschen und ausländischen Binnenschiffen 25,9 Mill. t Güter umgeschlagen; das waren 7,6% mehr als im Vorjahr. Unter den Bundesländern rangiert Rheinland-Pfalz damit nach wie vor auf dem dritten Rang hinter Nordrhein-Westfalen (124,4 Mill. t) und Baden-Württemberg (36,8 Mill. t). Der Containerverkehr erlangt mit einem Aufkommen von mehr als 2,4 Mill. t (+16,4%) einen immer größeren Anteil am Umschlagsvolumen.

Die mit einem Anteil von 37,7% mengenmäßig wichtigste Hauptverkehrsverbindung, die Transporte von ausländischen zu rheinland-pfälzischen Häfen, nahm 2000 um 6% auf 9,8 Mill. t zu. Eine deutlich höhere Steigerungsrate erzielte die entgegengesetzte Verkehrsrichtung, der grenzüberschreitende Versand (+16,4%), in der mit 6 Mill. t gut sechs Zehntel der empfangenen Güter transportiert wurden. Bei der Betrachtung des Güterumschlags innerhalb der Bundesrepublik Deutschland (10,2 Mill. t; +4,6%) dominiert ebenfalls der Empfang mit 6,3 Mill. t (+0,7%). Auf den innerdeutschen Versand entfallen hingegen gut 3,9 Mill. t, womit eine Steigerung um 11,4% gegenüber dem Vorjahr einherging. Im rheinland-pfälzischen Lokalverkehr wurden des Weiteren 2,9 Mill. t (+13%) umgeschlagen.

Die dynamische Entwicklung in der Binnenschifffahrt war das gesamte Jahr 2000 über zu beobachten. Im langfristigen Vergleich wiesen die Monate Februar, April, Mai, August, September und November relativ gute Ergebnisse auf. Zu der guten Binnenschifffahrtskonjunktur trugen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere in der Eisen- und Stahlindustrie, sowie die günstige Wasserführung des Rheins bei. Es wurden sowohl deutlich mehr Erze und Metallabfälle als auch

mehr Eisen, Stahl und NE-Metalle umgeschlagen. Weitere Triebkräfte der Entwicklung waren Erdöl, Mineralölerzeugnisse und Gase sowie Steine und Erden, wenngleich das rheinland-pfälzische Baugewerbe im Jahr 2000 keine klare Tendenz zur konjunkturellen Erholung erkennen ließ. Zumindest konnte das Binnenschiff beim Transport von Steinen und Erden als typische Massengüter gegenüber dem Lastkraftwagen und der Eisenbahn Anteile zurückgewinnen.

Auf der Grundlage vorliegender Monatseckdaten über das Verkehrsaufkommen des Jahres 2001 rechnet das Statistische Bundesamt damit, dass 2001 mit Binnenschiffen bundesweit 237,6 Mill. t befördert wurden, 1,9% weniger als im Vorjahr. Die Leistung in Tonnenkilometern im Inland nahm um 2,4% ab, so dass die durchschnittliche Beförderungsweite bei rund 273 km lag.

Eisenbahn: Wieder Zuwächse im Montangüterbereich

Der über Jahre zu beobachtende rückläufige Trend im Eisenbahngüterverkehr konnte im Jahr 2000 nicht umgekehrt werden. Der Güterumschlag im frachtpflichtigen Wagenladungsverkehr nahm von 1999 auf 2000 um 1% auf 11,5 Mill. t ab. Die bei diesen Transporten erbrachten Beförderungsleistungen stiegen jedoch um 4,8% und erreichten gut 1,8 Mrd. tkm. Die mittlere Transportweite, die dabei zu Grunde gelegt wurde, lag 2000 im Bundesdurchschnitt bei 258 km nach 248 km im Vorjahr. Allerdings musste die Bahn, wie im Überblick weiter oben bereits erwähnt wurde, mittel- und langfristig erhebliche Einbußen bezüglich der Umschlagswerte und Marktanteile hinnehmen. Mittelfristig waren hier vor allem Erdöl, Mineralölerzeugnisse und Gase sowie feste mineralische Brennstoffe betroffen.

Im Jahr 2000 konnten die Eisenbahnen beim Transport von Montangütern wieder eine steigende Nachfrage registrieren. Bei den Umschlagsdaten für Eisen, Stahl und NE-Metalle nahm die Gütermenge um rund 180 200 t (+7,7%) auf gut 2,5 Mill. t zu und bei Erzen und Metallabfällen um 75 400 t (+11,4%) auf 734 300 t. Auf der anderen Seite hatten die außerordentlich hohen Rückgänge im Umschlag von Steinen und Erden (2,8 Mill. t; -19,8%) entscheidenden Einfluss auf die Ge-

Güterumschlag der Eisenbahnen 1995-2000 nach Güterabteilungen

Güterabteilung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	Veränderung 2000 gegenüber 1999
	1 000 t						%
Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, lebende Tiere	263	168	231	193	204	279	36,9
Andere Nahrungs- und Futtermittel	367	353	354	298	250	220	-12,1
Feste mineralische Brennstoffe	353	156	227	94	88	82	-6,8
Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	896	306	467	433	374	413	10,3
Erze und Metallabfälle	696	640	676	672	659	734	11,4
Eisen, Stahl und NE-Metalle	2 320	2 163	2 206	2 282	2 346	2 526	7,7
Steine und Erden	2 824	2 640	3 247	3 050	3 487	2 797	-19,8
Düngemittel	329	341	421	406	373	360	-3,5
Chemische Erzeugnisse	2 220	2 196	2 342	2 540	2 379	2 476	4,1
Fahrzeuge, Maschinen, sonstige Halb- und Fertigwaren	1 080	1 214	1 392	1 429	1 465	1 626	10,9
Insgesamt	11 349	10 177	11 562	11 397	11 626	11 511	-1,0

samtentwicklung (–1%). Durchleuchtet man den Güterumschlag der Eisenbahnen nach Bundesländern, so stellt man fest, dass ein gutes Drittel des Ladungsaufkommens innerhalb der Landesgrenzen der einzelnen Bundesländer sowohl ein- als auch ausgeladen wurde. Damit zeigt sich, dass die Eisenbahn im Güterverkehr in nennenswertem Umfang auch über kürzere Entfernungen genutzt wird. In Rheinland-Pfalz hat dieser Lokalverkehr jedoch lediglich einen Anteil von einem Achtel am Güterversand; hingegen gelangen vier Zehntel des Güterversands per Bahn in das Ausland.

Für Deutschland insgesamt geht das Statistische Bundesamt aufgrund einer Schätzung davon aus, dass auch das Güterverkehrsaufkommen der Eisenbahnen (289,6 Mill. t) im Jahr 2001 zurückgegangen ist, weniger stark als im Straßenverkehr. Die Beförderungsleistung der Eisenbahn (74,9 Mrd. tkm) hat mit –1,6% in derselben Größenordnung abgenommen. Die durchschnittliche Beförderungsweite der Bahnen lag damit bei rund 259 km.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Investitionsschwerpunkte der Gemeinden und Gemeindeverbände

Nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz beinhalten die Investitionen die Ausgaben für Baumaßnahmen, für den Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen, für den Erwerb von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen, für Darlehen und die Inanspruchnahme aus Gewährleistungen sowie für Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen. Dieser umfassende Investitionsbegriff ermöglicht die Aufteilung der Investitionen in Sachinvestitionen, zu denen die Baumaßnahmen und der Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen gehören, und in Investitionsfördermaßnahmen, zu denen die übrigen genannten Ausgaben gezählt werden können. Bei den Sachinvestitionen realisiert die Kommune eigene Projekte, mit den Investitionsfördermaßnahmen unterstützt sie Vorhaben anderer, wobei unter Umständen ein sehr viel höheres Investitionsvolumen erreicht wird, als es in den entsprechenden Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände erkennbar ist. Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf die Sachinvestitionen, die den Kernbereich des kommunalen Investitionsgeschehens darstellen.

20% der Ausgaben werden investiert

Im Zeitraum von 1990 bis 2000 haben die Gemeinden und Gemeindeverbände im Schnitt jährlich knapp 1,2 Mrd. Euro investiert, wobei die Schwankungen um diesen Mittelwert relativ gering waren. In sechs Jahren ist er um bis zu 11% unterschritten worden, in den übrigen fünf Jahren ist er um bis zu 8% übertroffen worden. Damit haben die Sachinvestitionen der Gemeinden und Gemeindeverbände einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt (Summe der im Land erzeugten Waren und Dienstleistungen) von 1,5%.

Die Sachinvestitionen beanspruchen bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden einen sehr viel höheren Anteil der Ausgaben als bei Bund und Ländern, da durch die Gemeinden und Gemeindeverbände wichtige Infrastruktureinrichtungen auf lokaler Ebene geschaffen werden. Im langjährigen Durchschnitt verwenden die Gemeinden und Gemeindeverbände fast 20% ihrer Gesamtausgaben für Sachinvestitionen. In Abhängigkeit von der Möglichkeit, Investitionsprojekte umzusetzen, schwanken die Ausgaben im Zeitablauf mehr oder weniger stark. Anfang der 90er-Jahre ist die Quote deutlich höher gewesen, in der Mitte der Dekade dagegen ebenso deutlich niedriger; heute liegt sie bei 19%.

Wesentlich mehr Geld als für Investitionen wenden die Gemeinden und Gemeindeverbände für ihre Beschäftigten auf. Die Ausgaben für das Personal binden gut ein Viertel der Mittel. Niedriger als die Investitionsausgaben ist der laufende Sachaufwand, der im langfristigen Durchschnitt weniger als 17% der Gesamtausgaben bindet. Das Volumen der laufenden Zuweisungen an den öffentlichen Bereich ist dagegen überproportional gestiegen, so dass sich der Anteil an den Gesamtausgaben auf mittlerweile 30% erhöht hat. Diese von den Gemeinden und Gemeindeverbänden abzuführenden Beträge, hauptsächlich handelt es sich um die Kreis- bzw. Verbandsgemeindeumlage sowie um die Finanzausgleichsumlage, stellen eine Besonderheit insofern dar, als sie bei den empfangenden Stellen zu Einnahmen führen, die wiederum der Finanzierung von Aufgaben dienen. Deshalb sind zur Vermeidung einer Doppelerfassung die Zahlungen zwischen den Gemeinden und Gemeindeverbänden bei den Gesamtausgaben bereits abgesetzt.

Ortsgemeinden sind Hauptträger der kommunalen Investitionen

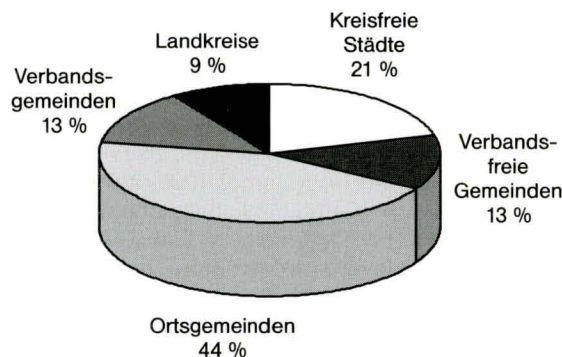
Differenziert nach den einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen zeigt sich, dass die Ortsgemeinden die größten kommunalen Investoren sind, mit großem Abstand gefolgt von den kreisfreien Städten, den Verbandsgemeinden und den verbandsfreien Gemeinden; das Schlusslicht bilden die Landkreise. Die herausragende Stellung der Ortsgemeinden für das kommunale Investitionsgeschehen in der Zeit von 1990 bis 2000 wird nicht allein durch den mit fast 28% überproportional hohen Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben verdeutlicht, sondern mehr noch durch die Tatsache, dass sie bei nahezu gleichem Gesamtausgabevolumen wie die kreisfreien Städte mehr als doppelt so viel investieren wie die kreisfreien Städte. Auf die Ortsgemeinden entfielen damit in der Zeit von 1990 bis 2000 fast 44% der gesamten kommunalen Investitionen, die kreisfreien Städte trugen knapp 21% dazu bei.

Absolut betrachtet investieren die Verbandsgemeinden geringfügig mehr als die verbandsfreien Gemeinden. Da der Haushalt der Verbandsgemeinden jedoch nur etwa halb so groß ist wie derjenige der verbandsfreien Gemeinden, ist das relative Gewicht der Investi-

Ausgaben für Sachinvestitionen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1990-2000 nach Gebietskörperschaftsgruppen

Gebietskörperschaftsgruppe	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	1 000 EUR						
Kreisfreie Städte	244 216	217 351	193 946	200 499	219 217	309 864	267 256
Kreisangehörige Gemeinden, Verbands-							
gemeinden, Landkreise	802 803	946 836	929 034	889 031	905 167	954 782	970 028
verbandsfreie Gemeinden	148 516	148 829	143 045	127 419	147 218	143 805	137 427
Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden	569 800	676 921	647 468	635 188	638 130	671 255	698 026
Ortsgemeinden	436 496	508 826	500 128	479 931	491 797	526 278	536 653
Verbandsgemeinden	133 304	168 095	147 340	155 256	146 333	144 977	161 373
Landkreise	84 487	121 086	138 521	126 425	119 819	139 721	134 575
Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	1 049 715	1 167 333	1 124 949	1 091 561	1 127 124	1 267 335	1 240 067

Ausgaben für Sachinvestitionen der
Gemeinden und Gemeindeverbände 2000
nach Gebietskörperschaftsgruppen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

tionen bei den Verbandsgemeinden mit 39% am höchsten, bei den verbandsfreien Gemeinden beträgt die Quote fast 21%. Diese beiden Gebietskörperschaftsgruppen steuern im langjährigen Durchschnitt jeweils etwa 13% zum kommunalen Investitionsvolumen bei. Die geringste Bedeutung für das kommunale Investitionsgeschehen haben die Landkreise, denn auf sie entfallen lediglich gut 9% der Ausgaben für Sachinvestitionen. Auch gemessen an ihrem Haushalt haben die Landkreise nicht sehr viele Vorhaben realisiert, denn sie haben nur halb so viel investiert wie der Durchschnitt der Gebietskörperschaften.

Verkehrswesen dominiert vor Schulbereich

Eine Untergliederung der Sachinvestitionen nach Aufgabenbereichen zeigt deutliche Unterschiede auf. Diese Betrachtung muss sich allerdings auf den Zeitraum 1990 bis 1999 beschränken, da Ergebnisse nach Aufgabengebieten für das Jahr 2000 noch nicht vorliegen.

Für Sachinvestitionen im Bereich Verkehrswesen, im Wesentlichen handelt es sich hierbei um den Bau von Gemeindestraßen, gaben die Gemeinden und Gemeindeverbände im Durchschnitt der 90er-Jahre jährlich 339 Mill. Euro aus. Die Ausgaben werden in erster Linie von den Ortsgemeinden und den kreisfreien Städten getätigt, Landkreise und verbandsfreie Gemeinden folgen mit großem Abstand. Jahren mit starken Zuwächsen, wie 1991 und insbesondere 1999, stehen Jahre mit großen Einbrüchen, wie 1994, gegenüber. Je Einwohner investieren die Gemeinden und Gemeindeverbände jährlich im Schnitt 86 Euro. Die Einwohner sind es auch, die einen Großteil der Sachinvestitionen über Beiträge finanzieren müssen. Hinzu kommen die Zuweisungen des Landes, so dass die Realisierung von Straßenbauprojekten für die Kommunen weitgehend finanzierbar erscheint.

In das Schulwesen investieren die Gemeinden und Gemeindeverbände im langjährigen Durchschnitt jährlich 203 Mill. Euro, wobei der größte Teil für die Grund- und Hauptschulen benötigt wird. Im Schulbereich sind die Mittel insbesondere Anfang der 90er-Jahre kräftig aufgestockt worden, so dass auf jeden Einwohner jährlich 52 Euro entfallen. Erwartungsgemäß müssen die kreisfreien Städte je Einwohner die größte Last tragen, da sie für alle Schularten zuständig sind, während im Landkreisbereich verschiedene kommunale Ebenen für die jeweiligen Schularten aufkommen.

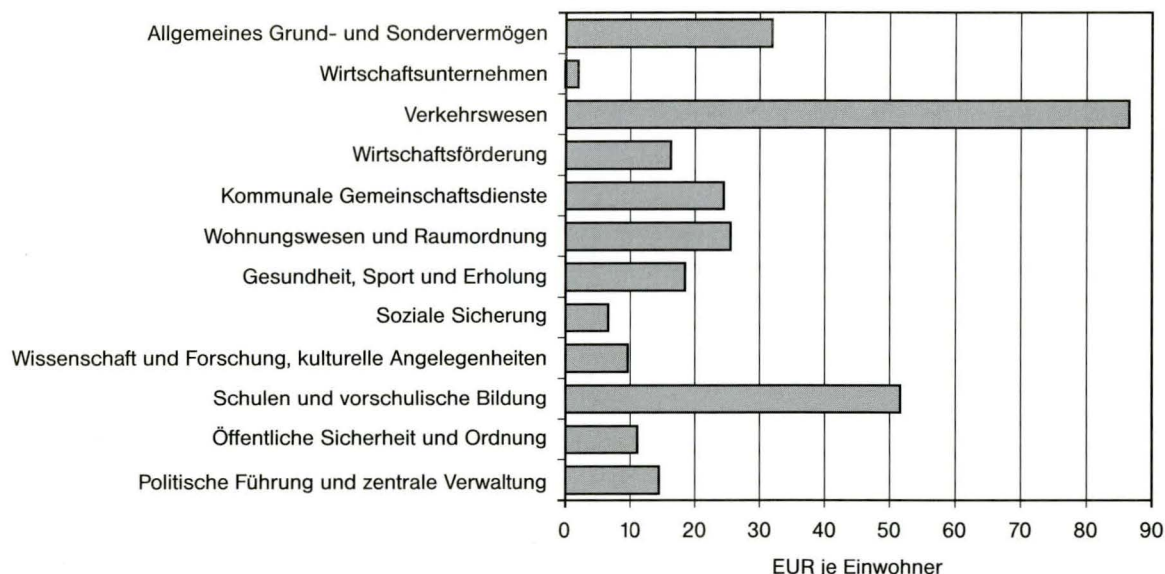
Für Sachinvestitionen in das allgemeine Grundvermögen, und zwar insbesondere für den Erwerb und nicht so sehr für Baumaßnahmen, haben die Gemeinden und Gemeindeverbände im Durchschnitt der 90er-Jahre jährlich 125 Mill. Euro ausgegeben. Auch hier sind es vor allem die Ortsgemeinden, die kreisfreien Städte und die verbandsfreien Gemeinden, die in diesem Bereich investieren und damit Grundstücke für ihre Bürgerinnen und Bürger bzw. für Gewerbeansiedlungen oder für eigene Zwecke vorhalten. Dies ist jedoch kein kontinuierlicher Prozess, denn die Ausgaben schwanken im Zeitablauf sehr stark.

Der Bereich des Wohnungswesens und der Raumordnung hat insbesondere in den letzten Jahren deutliche Zuwächse zu verzeichnen. Die Kommunen investieren im langjährigen Durchschnitt jährlich 100 Mill.

Ausgaben für Sachinvestitionen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1990-1999
nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	1990	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	1 000 EUR						
Politische Führung und zentrale Verwaltung	51 984	45 982	52 499	68 111	44 903	47 092	78 774
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	36 241	46 652	42 442	40 810	43 599	44 718	44 653
Schulen und vorschulische Bildung	149 917	215 480	217 239	220 060	225 304	206 619	212 987
Wissenschaft und Forschung, kulturelle Angelegenheiten	22 098	50 145	57 308	38 034	24 797	29 155	49 336
Soziale Sicherung	15 593	40 310	24 742	19 497	14 102	12 970	13 433
Gesundheit, Sport und Erholung	76 385	72 582	70 294	43 405	63 917	68 560	62 354
Wohnungswesen und Raumordnung	96 912	92 221	83 162	95 529	93 698	123 117	135 099
Kommunale Gemeinschaftsdienste	104 333	93 152	91 343	92 308	89 465	86 668	84 223
Wirtschaftsförderung	54 540	61 700	66 012	57 028	57 966	58 959	61 163
Verkehrswesen	293 236	331 695	336 040	329 007	318 997	331 413	384 347
Wirtschaftsunternehmen	12 536	14 777	8 447	4 221	4 543	3 929	3 665
Allgemeines Grund- und Sondervermögen	135 941	111 594	117 804	116 939	110 266	113 928	137 297
Insgesamt	1 049 715	1 176 292	1 167 333	1 124 949	1 091 561	1 127 124	1 267 335

Durchschnittliche jährliche Ausgaben für Sachinvestitionen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1990-1999 nach Aufgabenbereichen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Euro, dies vor allem für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Hierfür geben die Ortsgemeinden das meiste aus, gefolgt von den kreisfreien Städten und den verbandsfreien Gemeinden.

Unter den übrigen Aufgabenbereichen ragen noch die kommunalen Gemeinschaftsdienste, das ist in diesem Zusammenhang vor allem der Bau von Dorfgemeinschaftshäusern in den Ortsgemeinden bzw. verbandsfreien Gemeinden, sowie der Sportbereich mit dem Bau von Sportstätten und Badeanstalten heraus, wo jährlich durchschnittlich 96 Mill. Euro bzw. 72 Mill. Euro investiert werden. Der Bedarf im Bereich der kommunalen Gemeinschaftsdienste scheint weitgehend gedeckt, denn das Investitionsvolumen geht nahezu kontinuierlich zurück. Auch im Sportbereich wird Ende der 90er-Jahre weniger investiert als zu Beginn des Jahrzehnts.

Ausgegliederte Einrichtungen mit hohem Investitionsvolumen

Die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände haben bereits seit vielen Jahren ihre kostenrechnenden Einrichtungen aus den Haushalten ausgegliedert und wirtschaftlich verselbstständigt. Dies trifft insbesondere auf die Bereiche der Ver- und Entsorgung sowie des Verkehrs zu. Die Ausgaben und Einnahmen dieser Einheiten werden deshalb nicht mehr im kommunalen Kernhaushalt, sondern in separaten Wirtschaftsrechnungen verbucht, die den Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung entsprechen. Mittlerweile werden nahezu 700 dieser Einheiten in Rheinland-Pfalz statistisch erfasst. Diese öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unterneh-

men haben in Rheinland-Pfalz eine erhebliche Bedeutung, denn sie investieren nahezu genau so viel in ihre Sachanlagen, wie die Gemeinden und Gemeindeverbände für Sachinvestitionen ausgeben.

Ergebnisse für diesen Bereich liegen vor für die Jahre 1990 bis 1992, allerdings beschränkt auf die Ver- und Entsorgung sowie den Verkehr, und als Folge einer Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes ab 1994 für alle Aufgabengebiete; die jüngsten Ergebnisse betreffen das Jahr 1998. Im Schnitt dieser Jahre haben die so genannten öffentlichen Unternehmen jährlich 1,1 Mrd. Euro investiert und damit nur geringfügig weniger als die Gemeinden und Gemeindeverbände.

Nahezu die Hälfte der Investitionen werden im langfristigen Durchschnitt von den Entsorgungsunternehmen getätigt. Hier sind es vor allem die Unternehmen der Abwasserbeseitigung, die in die Erneuerung und den Ausbau des Kanalnetzes und der Kläranlagen erhebliche Mittel investieren. Dagegen realisieren die Abfallbeseitigungsunternehmen ein wesentlich niedrigeres Investitionsvolumen. Beiden Bereichen ist gemeinsam, dass sich die Investitionen in den letzten Jahren rückläufig entwickeln.

Auf die Versorgungsunternehmen entfällt ein Drittel der Investitionen, wobei die Wasserversorgung mit großem Abstand dominiert, während die Elektrizitätsversorgung sowie die Gasversorgung gemessen am Zugang der Sachanlagen eine eher untergeordnete Rolle spielen. In Rheinland-Pfalz haben Versorgungsunternehmen, die mehrere Versorgungsbereiche kombiniert abdecken, ein relativ großes Gewicht. Da es sich hierbei zumeist um größere Unternehmen handelt, realisieren sie ein entsprechend umfangreiches Investitionsprogramm.

Zugang an Sachanlagen öffentlich bestimmter Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen 1990-1998
nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	1990 ¹⁾	1991 ¹⁾	1992 ¹⁾	1994	1995	1996	1997	1998
	1 000 EUR							
Kunst- und Kulturpflege	-	-	-	174	197	182	160	262
Sport und Erholung	-	-	-	5 799	7 452	4 578	5 924	12 143
Wohnungswesen	-	-	-	5 939	817	4	19	72
Entsorgungsunternehmen	413 891	489 295	585 920	676 777	587 590	559 779	523 765	503 808
Abwasserbeseitigung	-	-	-	540 070	485 680	458 167	440 892	425 342
Abfallbeseitigung	-	-	-	136 707	101 911	101 613	82 874	78 465
Versorgungsunternehmen	292 645	288 237	411 940	531 491	320 507	330 533	350 928	358 715
Elektrizitätsversorgung	68 565	33 695	37 012	25 417	24 943	21 838	27 706	3 334
Gasversorgung	18 041	20 980	20 148	17 846	17 881	18 680	20 762	11 898
Wasserversorgung	109 668	109 160	133 312	122 564	114 393	122 379	128 838	121 228
Kombinierte Versorgungsunternehmen ²⁾	96 370	124 402	221 468	365 665	163 289	167 636	173 622	222 256
Verkehrsunternehmen	8 827	17 829	37 825	91 750	35 916	31 667	36 356	20 977
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	106 822	132 950	137 219	132 198	85 875	83 876	96 282	141 994
Staatsbäder, kommunale Kurbetriebe	-	-	-	14 390	6 519	1 409	1 946	4 006
Übrige Aufgabenbereiche	-	-	-	64 273	88 357	68 249	63 427	68 625
Insgesamt	822 184	928 311	1 172 904	1 522 792	1 133 231	1 080 277	1 078 808	1 110 603

1) Nach dem Finanz- und Personalstatistikgesetz wurden bis 1992 nur die Unternehmen der Bereiche Ver- und Entsorgung sowie Verkehr erfasst. – 2) 1991 und 1992 einschließlich Heizkraftwerke.

Verkehrsunternehmen sowie Unternehmen, die in Kombination sowohl Verkehrs- als auch Versorgungsleistungen anbieten, vereinigen 14% des Zugangs an Sachanlagen auf sich. Alle anderen Aufgabenbereiche sind eher unbedeutend, denn auf sie zusammen entfallen im langfristigen Durchschnitt weniger als 5% der Investitionen öffentlicher Unternehmen.

Seit 1990 investieren die öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen jährlich durchschnittlich 282 Euro je Einwohner. Die Entsor-

gungsunternehmen geben mit 139 Euro je Einwohner besonders viel aus, gefolgt von den Versorgungsunternehmen mit 92 Euro je Einwohner, bei denen jeweils die Entsorgung des Wassers bzw. die Versorgung mit Wasser dominiert. Reine Verkehrsunternehmen einschließlich der kombinierten Verkehrs- und Versorgungsunternehmen verzeichnen einen jährlichen Zugang an Sachanlagen in Höhe von 38 Euro je Einwohner.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Betriebssysteme und Standardbetriebseinkommen landwirtschaftlicher Betriebe 1999

Die Darstellung landwirtschaftlicher Betriebe nach ihrer betrieblichen Ausrichtung und der Einkommenskapazität basiert auf den einzelbetrieblichen Angaben über Anbauflächen und Viehbestände. Die Betriebstypisierung auf der Grundlage der Betriebssystematik für die Landwirtschaft und die Berechnung eines Standardbetriebseinkommens wurden erstmals 1971 eingesetzt und erfolgen seitdem regelmäßig im Rahmen einer Agrarstrukturserhebung.

Die Betriebssystematik umfasst vier Gliederungsstufen. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden auf der ersten Stufe einem Betriebsbereich (z. B. Landwirtschaft, Gartenbau) und anschließend einer Betriebsform (z. B. Dauerkulturbetrieb, Futterbaubetrieb) zugeordnet. Letztere wird wiederum nach Betriebsarten (z. B. Dauerkultur-Spezialbetrieb, Dauerkultur-Verbundbetrieb) untergliedert, bevor auf der untersten Ebene die Zuordnung zu einem Betriebstyp (z. B. Weinbau, Obstbau) erfolgt.

Die Typisierung verwendet als Grundlage die Struktur des Standarddeckungsbeitrages des Betriebes. Dieser wird mit Durchschnittswerten und Normzahlen berechnet, da für jeden einzelnen Betrieb weder Daten über die erzielten Leistungen noch über die Kosten zur Verfügung stehen. Das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) berechnet und veröffentlicht jährlich im Auftrag des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft die Standarddeckungsbeiträge für die einzelnen Frucht- und Vieharten.

Berechnung der Standarddeckungsbeiträge

Der Standarddeckungsbeitrag einer Frucht- oder Viehart ergibt sich aus dem Produkt aus erzeugter Menge und dem Erzeugerpreis abzüglich der dem Produktionsverfahren direkt zurechenbaren Spezialkosten wie Pflanzenschutz- und Düngemittel. Die Bruttoleistung und die variablen Spezialkosten werden aus Statistiken und Buchführungsunterlagen über Preise, Erträge, Leistungen, durchschnittliche Erlöse und Kosten ermittelt. Der Standarddeckungsbeitrag des Betriebes ergibt sich dann aus der Multiplikation der betrieblichen Angaben über Art und Umfang der Bodennutzung bzw. Viehhaltung mit dem jeweiligen Standarddeckungsbeitrag.

Neben der Berechnung des Standarddeckungsbeitrages des Betriebes werden auch die Anteile der einzelnen Produktionsverfahren am gesamten Standarddeckungsbeitrag ermittelt. Sie sind die Voraussetzung für die Einstufung in die Betriebssystematik. Während einige Frucht- oder Kulturarten bzw. Tierarten gleichzeitig auch das Produktionsverfahren darstellen, werden andere Produktionsverfahren durch Zusammenfassungen gebildet. Beispiele für die Übereinstimmung von Frucht- oder Kulturart und Tierart mit dem Produktionsverfahren sind Rebflächen, Obstanlagen oder Milchkühe. Die einzelnen Wintergetreidearten werden dagegen zum Produktionsverfahren Wintergetreide zusammengefasst.

Die Standarddeckungsbeiträge werden ferner für fünf Leistungsklassen berechnet, um so unterschiedliche wirtschaftliche und natürliche Produktions-, Absatz- und Bezugsbedingungen berücksichtigen zu können. Für die Aufbereitung werden aus Vereinfachungsgründen alle Betriebe eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt einer Leistungsklasse zugeordnet. Um einen zu häufigen Wechsel eines Betriebes zwischen verschiedenen Betriebstypen zu verhindern, fließt statt des jährlichen Standarddeckungsbeitrages ein fünfjähriger Durchschnitt in die Berechnung ein. Da es sich um ein standardisiertes Berechnungsverfahren handelt, weichen die betriebsindividuellen Standarddeckungsbeiträge mehr oder minder stark von den verwendeten Standarddeckungsbeiträgen ab. Auch werden besondere betriebliche Produktionsverfahren, wie z. B. eine ökologische Wirtschaftsweise, nicht berücksichtigt.

Im Laufe der Jahre hat es mehrfach methodische Änderungen gegeben, die die Vergleichbarkeit der aktuellen Ergebnisse mit denen früherer Jahre einschränken. Änderungen betreffen z. B. die unteren Erfassungsgrenzen oder die Berechnungsmethode der Standarddeckungsbeiträge durch das KTBL.

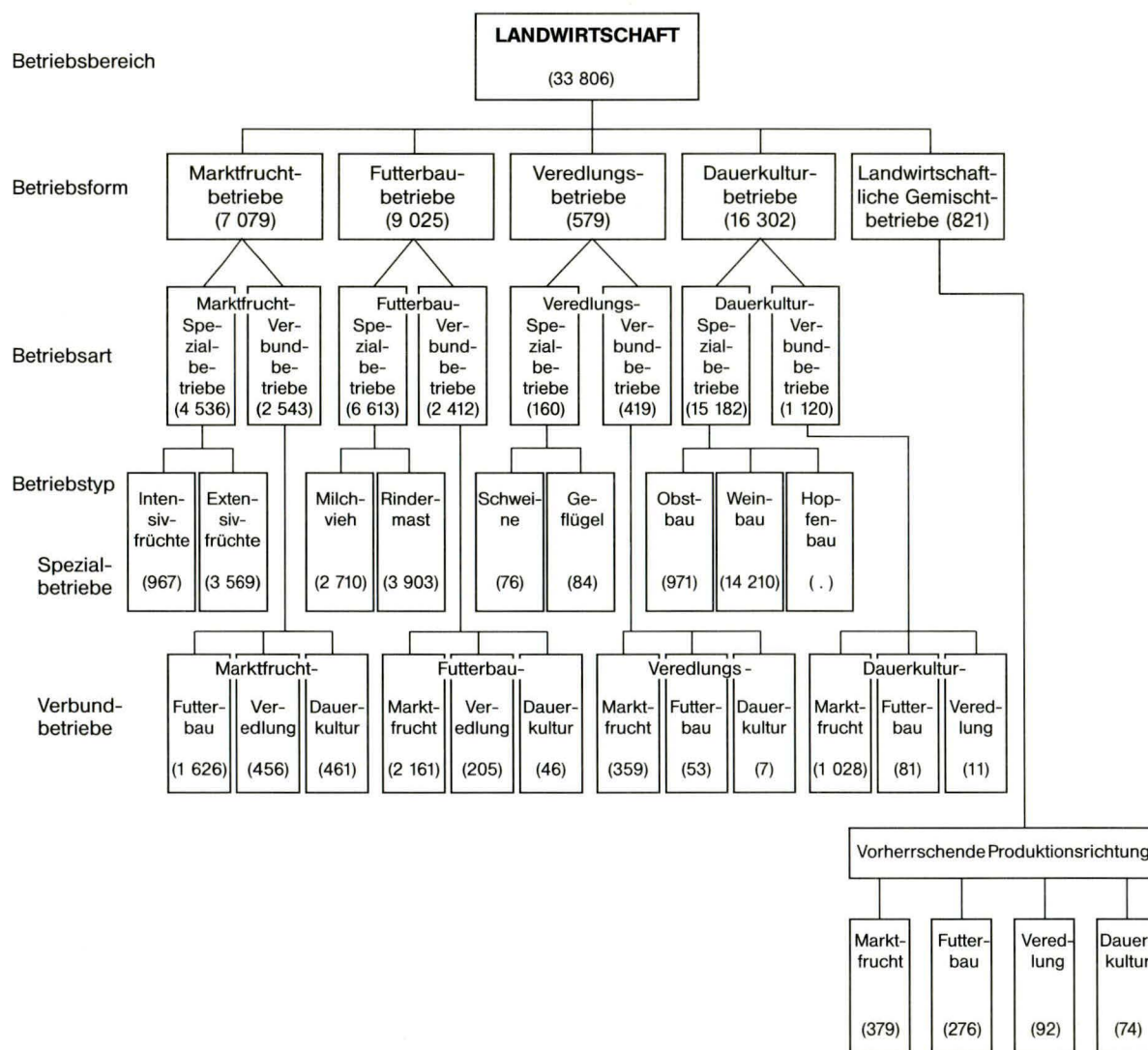
Seit 1999 werden im Rahmen der Agrarstrukturserhebung nur noch Betriebe befragt, wenn sie 2 ha und mehr landwirtschaftlich genutzte Fläche bewirtschaften. Betriebe unter 2 ha sind auskunftspflichtig, wenn die Viehhaltung gesetzlich vorgegebene Grenzen überschreitet oder Sonderkulturen in einer bestimmten Größenordnung angebaut werden. Zuvor war ein Betrieb bereits mit 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche auskunftspflichtig. Dazu kamen Betriebe unter 1 ha, deren Erzeugung der von 1 ha entsprach. Ferner wird seit 1999 nicht mehr der Standarddeckungsbeitrag des Erhebungsjahres bei der Berechnung des Fünfjahresdurchschnitts für den Standarddeckungsbeitrag berücksichtigt. Dadurch können die Ergebnisse deutlich früher als sonst erstellt werden. Die Betriebssystematik bezieht sich zudem seit 1999 nur noch auf landwirtschaftliche Betriebe. Zuvor waren in den Jahren mit einer allgemeinen Erhebung landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe in die Aufbereitung einbezogen worden.

95% der Betriebe gehören dem Betriebsbereich Landwirtschaft an

Rund 95% der 35 500 landwirtschaftlichen Betriebe gehörten 1999 dem Betriebsbereich Landwirtschaft an, gut 2% dem Gartenbau. Die restlichen 3% entfielen auf die Betriebsbereiche Forstwirtschaft und Kombinationsbetriebe. Ein Betrieb gehört dem Betriebsbereich Landwirtschaft an, wenn mindestens 75% des Standarddeckungsbeitrages auf die dem Betriebsbereich zugeordneten Produktionsverfahren entfallen. Die größte Gruppe innerhalb der Betriebsformen des Betriebsbereichs Landwirtschaft stellten die 16 300 Dau-

Betriebssystematische Gliederung des Betriebsbereichs Landwirtschaft

(in Klammern Zahl der Betriebe 1999)



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

erkulturbetriebe. Damit kam bei rund 46% der landwirtschaftlichen Betriebe mehr als die Hälfte des Gesamtstandarddeckungsbeitrages aus dem Wein- oder Obstanbau. Dies zeigt die Bedeutung von Rheinland-Pfalz als wichtigstem Weinbaustandort Deutschlands. Seit 1979 ist der Anteil sogar noch um rund 5 Prozentpunkte angestiegen. Im Gegenzug verringerte sich der Anteil der Futterbaubetriebe von knapp 30 auf gut 25%. Die Marktf Fruchtbetriebe umfassten im Betrachtungszeitraum etwa ein Fünftel der landwirtschaftlichen Betriebe. 1999 wurden noch gut 9 000 Futterbau- und 7 100 Marktf Fruchtbetriebe ausgewiesen. Die Veredlung spielt traditionell in Rheinland-Pfalz keine große Rolle. Nur rund 580 Betriebe (2%) wurden entsprechend typisiert. Zu den landwirtschaftlichen Gemischtbetrieben zählten noch 820 Betriebe.

Als wichtiger Indikator für die Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe wird häufig die durchschnittliche Betriebsgröße herangezogen. Der Maßstab berücksichtigt allerdings nur unzureichend die unterschiedliche Produktivität der einzelnen Kultur- und Fruchtarten. Zudem bleibt der Einkommensbeitrag aus der Viehhaltung unberücksichtigt. Dauerkulturbetriebe verfügten 1999 über durchschnittlich 7 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche. Die durchschnittliche Betriebsgröße der Futterbau- und Marktf Fruchtbetriebe lag mit 33 bzw. 35 ha deutlich höher. Trotz der geringeren Betriebsgröße wurden von den als Familienbetrieb geführten Dauerkulturbetrieben immerhin 42% im Haupterwerb bewirtschaftet; bei den Futterbau- und Marktf Fruchtbetrieben waren es nur 37 bzw. 32%. Dies ist mit der höheren Flächenproduktivität

von Dauerkulturen erklärbar. So ist beispielsweise für die Bewirtschaftung von einem Hektar Rebfläche ein wesentlich größerer Arbeitsbedarf erforderlich als für die Bearbeitung von einem Hektar Getreide. Den höchsten Anteil an Haupterwerbsbetrieben wiesen im Übrigen die Veredlungsbetriebe mit 55% auf.

Spezialisierung nimmt zu

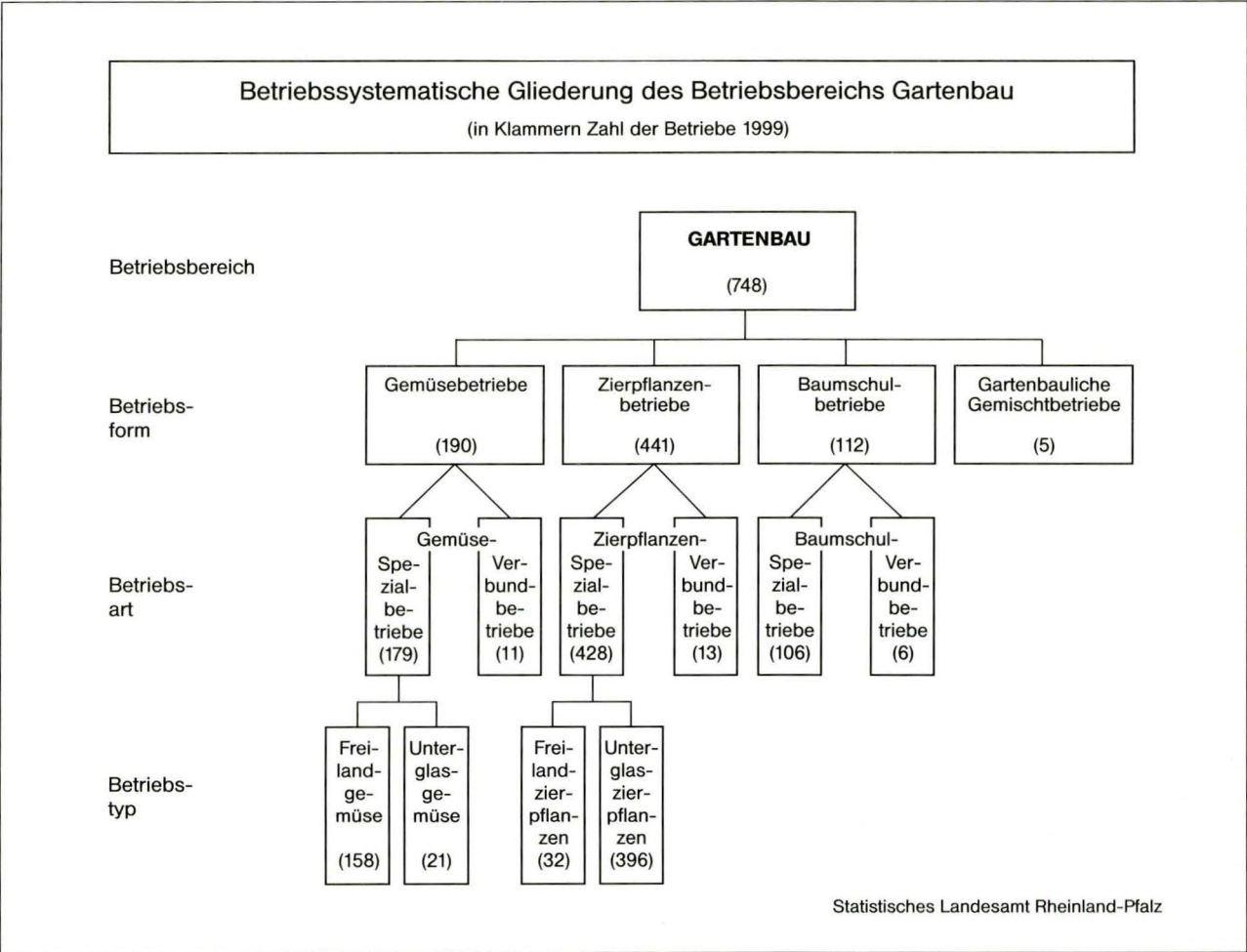
Die Betriebsformen werden auf der nächsten Stufe der Betriebssystematik nach Spezial- und Verbundbetrieben unterschieden. Ein Spezialbetrieb liegt vor, wenn mehr als 75% des betrieblichen Standarddeckungsbeitrages aus den entsprechenden Produktionsverfahren stammen, die der Betriebsform zugeordnet werden. Bei einem Verbundbetrieb sind es zwischen 50 und 75%. Die Ergebnisse zeigen, dass die Spezialisierung der Betriebe deutlich zugenommen hat. 1999 zählten bereits 78% der Betriebsformen des Betriebsbereichs Landwirtschaft zu den Spezialbetrieben. Nur noch knapp 22% gehörten zu den Verbund- oder den landwirtschaftlichen Gemischtbetrieben. Zwanzig Jahre früher hatten sich erst 63% der Betriebe spezialisiert. Für die Entwicklung dürften vor allem ökonomische Gründe ausschlaggebend sein, da sich durch die Spezialisierung in der Regel der Unternehmensgewinn steigern lässt. Mit der Spezialisierung war in vielen Fällen auch eine Vergrößerung der Produktionsgrundlagen verbunden.

1999 waren von den rund 16 300 Dauerkulturbetrieben 14 210 auf den Wein- und 970 auf den Obstbau spezialisiert; die übrigen 1 120 Betriebe waren als Verbundbetriebe typisiert worden. Für fast neun von zehn Betrieben mit mehr als 30 Ar Rebfläche war damit der Weinbau der betriebliche Schwerpunkt. 1979 wiesen erst vier Fünftel aller Betriebe mit Rebflächen den Weinbau als wichtigste landwirtschaftliche Einkommensquelle aus. Dies kann auch hier als Indiz für die zunehmende Spezialisierung gewertet werden.

Zunahme der Rindermastbetriebe

2 700 Milchviehbetriebe – rund 63% der Milchviehalter – und 3 900 Rindermastbetriebe stellten 1999 fast drei Viertel der 9 000 Futterbaubetriebe. Anzumerken ist, dass zum Betriebszweig Rindermast auch die Schaf- und Pferdehaltung gehören. 1979 wurden dagegen erst knapp 1 600 Rindermastbetriebe und rund 7 700 Milchviehbetriebe gezählt. Gründe für diese Entwicklung waren die Einführung der Milchkontingentierung 1984 und der technische Fortschritt.

Viele Milcherzeuger verkauften, verleasteten oder verpachteten seit 1984 die ihnen zugeteilte Milchquote. Falls die Abgabe der Milchquote nicht im Rahmen einer Betriebsaufgabe erfolgte, stellten sie vielfach auf die Mutter- und Ammenkuhhaltung um und konnten so die Grünlandflächen weiternutzen. Seit 1984 nahm des-



Landwirtschaftliche Betriebe 1999 nach der Betriebssystematik und sozialökonomischen Betriebstypen

Betriebssystem	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt		Darunter			
			Haupterwerbsbetriebe		Nebenerwerbsbetriebe	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Insgesamt	35 475	715 831	13 002	461 301	20 569	180 952
davon Betriebsbereich						
Landwirtschaft zusammen	33 806	700 017	12 355	453 724	19 686	175 559
davon						
Marktf Fruchtbetriebe	7 079	245 800	2 208	144 470	4 588	81 036
Futterbaubetriebe	9 025	297 913	3 172	200 253	5 467	67 580
Veredlungsbetriebe	579	17 486	291	12 656	237	2 802
Dauerkulturbetriebe	16 302	116 070	6 438	82 249	8 852	17 813
landw. Gemischtbetriebe	821	22 749	246	14 096	542	6 329
Gartenbau	748	5 037	502	3 295	143	210
übrige Betriebsbereiche ¹⁾	921	10 776	145	4 282	740	5 183

1) Kombinationsbetriebe, kombinierte Verbundbetriebe und bestimmte Betriebe des Betriebsbereichs Forstwirtschaft.

wegen auch die Zahl der Halter von Ammen- und Mutterkühen um 2 400 auf 4 000 im Jahr 1999 zu. Die Bestände stiegen von 9 300 auf über 52 000 Tiere.

Zur Milcherzeugung kann heute aufgrund der technischen Entwicklung ein Betrieb mit der gleichen Arbeitskräfteeausstattung wie 1979 deutlich mehr Milchkühe betreuen. 1979 standen in einem durchschnittlichen Futterbaubetrieb erst zehn Milchkühe; 1999 waren es über 30 Tiere.

Marktf Fruchtbau umfasst mehr als nur Getreideanbau

Betriebe werden dem Marktf Fruchtbau zugeordnet, wenn sie sich auf die Erzeugung von Getreide, Ölfrüchten, Eiweißpflanzen, Zuckerrüben oder Kartoffeln konzentriert haben. Als Besonderheit wird auch der Anbau von Gemüse im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen (Feldgemüse) unter dem Marktf Fruchtbau nachgewiesen. Erfolgt der Gemüseanbau dagegen auf Flächen, die ausschließlich für die Produktion gärtnerischer Kulturen genutzt werden, so zählen sie zum Gartenbau und die Betriebe werden der Betriebsform Gemüsebetriebe des Betriebsbereichs Gartenbau zugeordnet.

Entsprechend dem Arbeitsbedarf für den Anbau von einem Hektar der genannten Kulturen unterscheidet man sie in Extensiv- und Intensivfrüchte. Von den 4 500 Spezialbetrieben der Betriebsform Marktf Fruchtbau bauten fast 80% Extensivfrüchte an, unter die Mähdruschfrüchte wie Getreide und Ölfrüchte subsumiert werden. Zu den Intensivfrüchten zählen dagegen Kartoffeln, Zuckerrüben und Tabak. In Rheinland-Pfalz erfolgt der Gemüseanbau überwiegend auf Flächen, die im Rahmen der Fruchtfolge für den Gemüseanbau genutzt werden. Dadurch gehört der größte Teil der gemüseanbauenden Betriebe zu den Marktf Fruchtbetrieben. Bei der Mehrzahl der Veredlungsbetriebe handelte es sich um Verbundbetriebe; nur 160 Betriebe hatten sich auf die Schweine- oder Geflügelhaltung spezialisiert.

Der Betriebsbereich Gartenbau umfasst die drei Betriebsformen Gemüsebetriebe, Zierpflanzenbetriebe und Baumschulbetriebe. Mit 440 Betrieben stellten die Zierpflanzenbetriebe die größte Gruppe. Lediglich 190 Betriebe waren als Gemüsebetriebe ausgewiesen und 112 als Baumschulbetriebe.

Regionale Standortbedingungen bestimmen die vorherrschende Betriebsform

Die vorherrschende Betriebsform in einer Region wird in hohem Maße von den regionalen Standortfaktoren wie den klimatischen Verhältnissen, der Höhenlage und der Bodenbeschaffenheit bestimmt. Der Wein- und Obstbau findet sich vorwiegend in der Nähe der Flüsse des Landes, die ein günstiges Mikroklima für das Wachstum von Dauerkulturen aufweisen. 1999 gehörten neun von zehn landwirtschaftlichen Betrieben im Landkreis Mainz-Bingen zu den Dauerkulturbetrieben. An der Südlichen Weinstraße waren es mit 88% nur geringfügig weniger. Einen ähnlichen Anteil hatten die Dauerkulturbetriebe auch noch in den Landkreisen Bad Dürkheim und Alzey-Worms mit 87 bzw. 84%. An der Mosel ragten besonders die Landkreise Bernkastel-Wittlich (70%) und Trier-Saarburg (68%) heraus.

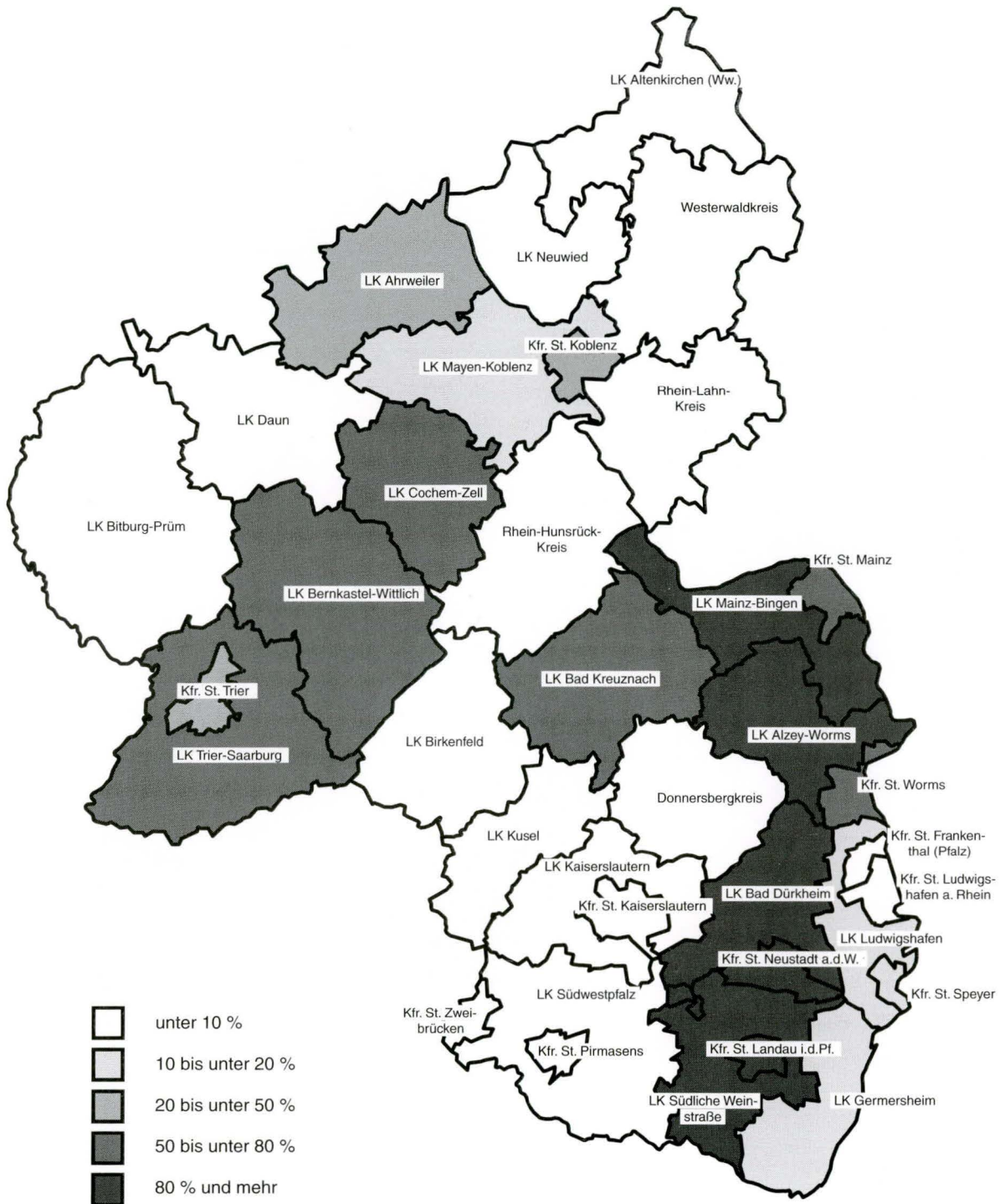
Der Futterbau ist dagegen in den Höhengebieten von Westerwald und Eifel beheimatet. Das in diesen Gebieten häufig anzutreffende natürliche Dauergrünland lässt sich vor allem durch Raufutterfresser wie Rinder und Schafe wirtschaftlich nutzen. Rund 78% der landwirtschaftlichen Betriebe im Westerwaldkreis waren auf den Futterbau spezialisiert. Der Landkreis Altenkirchen folgte mit 73%. Die durch die Rinderhaltung geprägten Landkreise Daun und Bitburg-Prüm kamen auf Anteile von 72 bzw. 70%.

Auf jeweils 59% Marktf Fruchtbetriebe kamen 1999 der Rhein-Hunsrück-Kreis und der Donnersbergkreis. Die Landkreise Germersheim und Ludwigshafen, die sich besonders durch den Gemüseanbau auszeichnen, lagen mit 58 und 57% nur geringfügig niedriger. Mayen-Koblenz erreichte immerhin noch 54%. Neben dem Marktf Fruchtanbau hat Mayen-Koblenz auch als Veredlungsstandort Bedeutung. Immerhin 4,8% der Betriebe gehörten zu der Betriebsform Veredlung. Einen noch höheren Anteil an Veredlungsbetrieben wiesen der Rhein-Lahn-Kreis (5,9%) und Bitburg-Prüm (5,3%) auf.

Standardbetriebseinkommen – ein Maßstab zur Beurteilung der Einkommenskazität

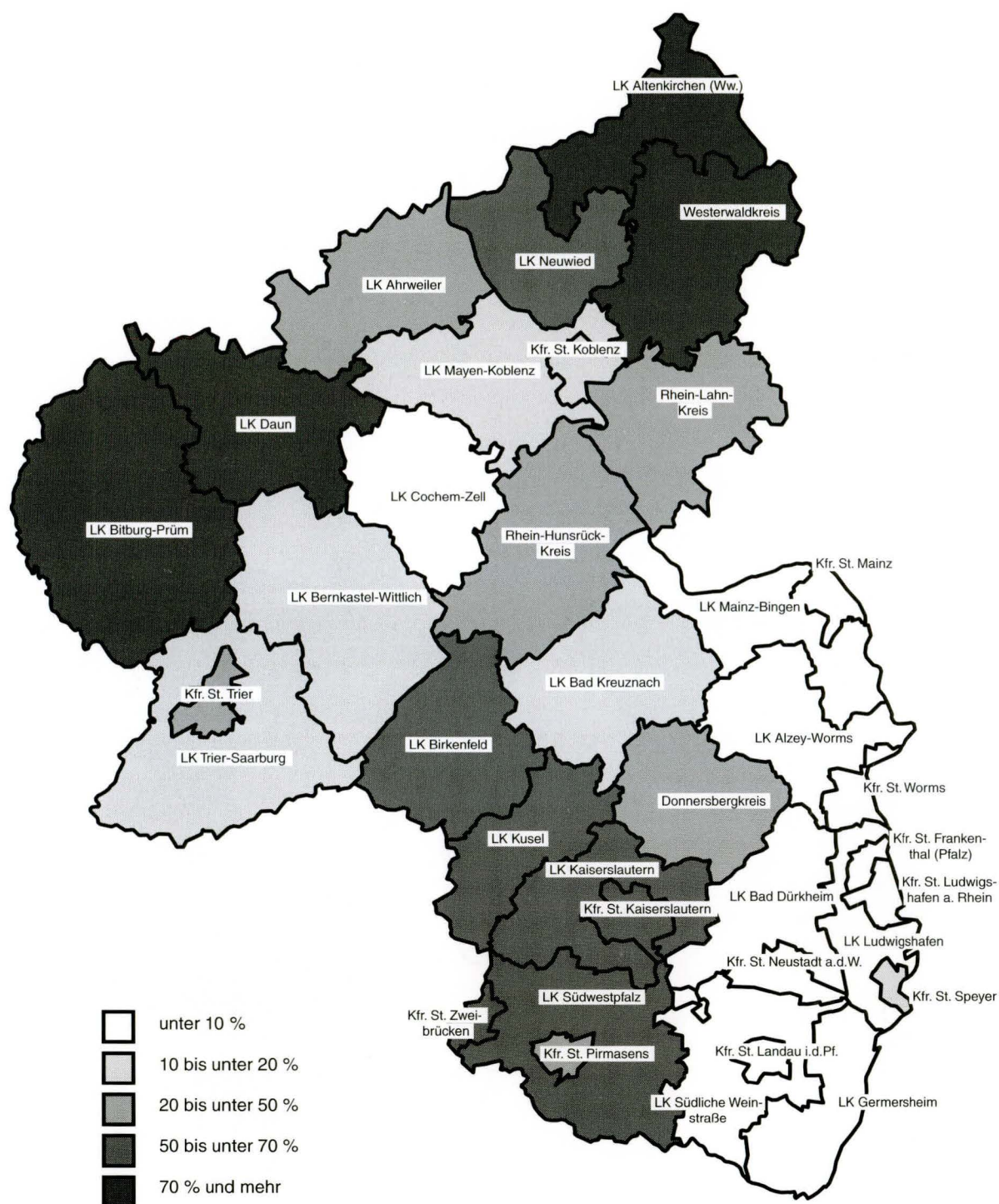
Der Standarddeckungsbeitrag des Betriebes bildet zum einen die Grundlage für die Einstufung des Betriebes entsprechend der Betriebssystematik, zum anderen

Anteil der Dauerkulturbetriebe an den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt 1999
nach Verwaltungsbezirken



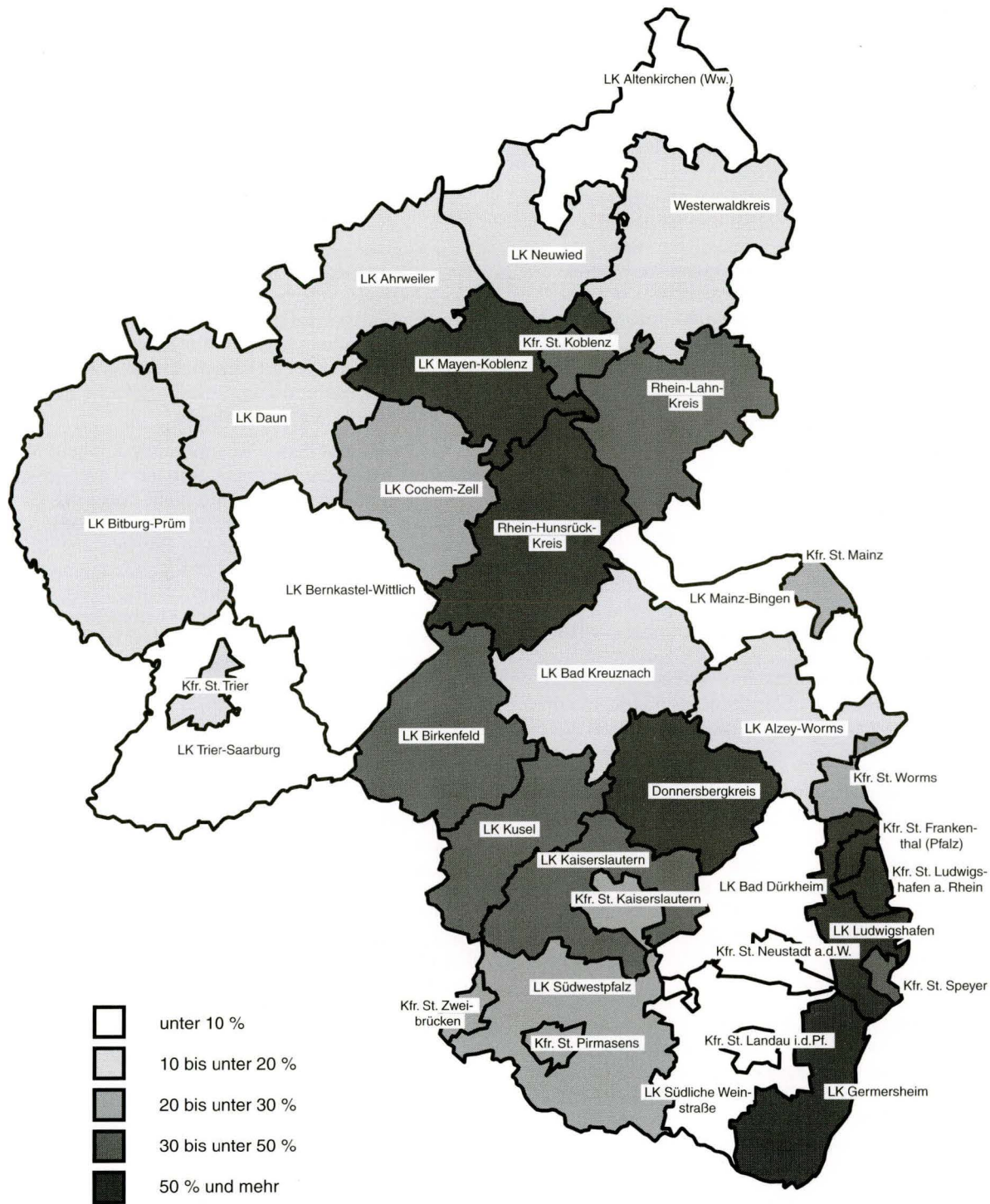
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Anteil der Futterbaubetriebe an den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt 1999
nach Verwaltungsbezirken



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Anteil der Marktfruchtbetriebe an den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt 1999
nach Verwaltungsbezirken



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

ist er die Grundlage für die Berechnung eines Standardbetriebseinkommens. Dieses kann als Maßstab für die Beurteilung der Einkommenskapazität eines landwirtschaftlichen Betriebes herangezogen werden. Es wird berechnet, indem vom Standarddeckungsbeitrag des Betriebes die den einzelnen Frucht- und Vieharten nicht zurechenbaren festen Spezialkosten und Gemeinkosten abgezogen werden, die entsprechend dem Betriebssystem und der Höhe des Standarddeckungsbeitrages differieren.

Das Standardbetriebseinkommen enthält noch vom Betriebsinhaber zu zahlende Löhne, Pachten sowie Schuldzinsen und berücksichtigt nicht die erhaltenen Zinsen und Pachten. Zu beachten ist auch, dass das tatsächlich erzielte Betriebseinkommen vom statistisch errechneten Standardbetriebseinkommen im Einzelfall mehr oder weniger stark abweichen kann, da die Berechnung des Standardbetriebseinkommens auf der Basis des Standarddeckungsbeitrages von durchschnittlichen Angaben über Erlöse und Kosten ausgeht.

Hoher Anteil von Nebenerwerbsbetrieben mit geringem Standardbetriebseinkommen

1999 kam ein landwirtschaftlicher Betrieb im Durchschnitt auf ein Standardbetriebseinkommen von knapp 19 200 Euro. Die einzelbetrieblichen Standardbetriebseinkommen reichten dabei bis weit über 100 000 Euro. Für einen beachtlichen Teil der Betriebe – fast 39% – errechnete sich 1999 ein Standardbetriebseinkommen von weniger als 2 556 Euro (5 000 DM). Bei vielen dieser Einheiten dürfte die Landwirtschaft eher als Hobby oder Freizeitbeschäftigung anzusehen sein und weniger der Einkommenserzielung dienen. Weitere jeweils 11% der Betriebe wiesen ein Standardbetriebseinkommen von 2 556 bis unter 5 113 Euro bzw. von 5 113 bis 10 226 Euro auf.

Dementsprechend handelte es sich bei den Familienbetrieben unter 2 556 Euro Standardbetriebseinkommen fast ausschließlich um Nebenerwerbsbetriebe. In den Größenklassen 2 556 bis unter 5 113 Euro bzw. von 5 113 bis 10 226 Euro waren es 84 bzw. 62%. Ab der Größenklasse 10 226 bis 15 339 Euro Standardbetriebseinkommen überwogen die Haupterwerbsbetriebe. In der genannten Größenklasse waren es rund 61% der Betriebe.

Ein Standardbetriebseinkommen von mindestens 38 347 Euro (75 000 DM) erzielten 1999 nur 16% der Betriebe. Soweit es sich um Familienbetriebe handelte, wurden sie so gut wie alle im Haupterwerb bewirtschaftet. Damit erreichte nur jeder sechste Betrieb eine Einkommenskapazität, die als überwiegende Einkommensquelle des landwirtschaftlichen Haushaltes ausreichte.

Es soll an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die Berechnung des Standardbetriebseinkommens nichts über die Höhe des tatsächlichen Einkommens eines Betriebes aussagt, welches aufgrund der betrieblichen Situation und der Betriebsleiterfähigkeiten erheblich von dem Standardbetriebseinkommen abweichen kann.

Standardbetriebseinkommen seit 1979 angestiegen

Beim Vergleich der aktuellen Ergebnisse mit denen früherer Erhebungen werden nur die Betriebe mit mehr als 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche des Betriebsbereichs Landwirtschaft betrachtet. Auf diese Weise können die Effekte der Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen sowie die Beschränkung der Betriebssystematik auf die landwirtschaftlichen Betriebe ausgeschlossen werden. Die gut 26 000 Betriebe des Betriebsbereichs Landwirtschaft mit mehr als 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche kamen 1999 auf ein Standardbetriebseinkommen von durchschnittlich rund 22 100 Euro. Vier Jahre zuvor waren es nur 17 200 Euro gewesen, dieser Wert lag seinerzeit geringfügig unter dem von 1991 mit 17 500 Euro. Im Zeitraum 1979 bis 1991 war er um gut 3 900 Euro angestiegen.

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg des Standardbetriebseinkommens ist der Strukturwandel in der Landwirtschaft, durch den die Zahl der Betriebe deutlich abnahm. Die verbliebenen Betriebe konnten so ihre Flächenausstattung und Viehbestände vergrößern. So halbierte sich etwa im Betrachtungszeitraum die Zahl der Betriebe, während sich die durchschnittliche Flächenausstattung fast verdoppelte.

Den Zusammenhang zwischen der Ausstattung der Betriebe mit Produktionsfaktoren und der Höhe des Standardbetriebseinkommens zeigt auch die Gliederung der Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die Betriebe mit 100 und mehr ha erwirtschafteten ein Standardbetriebseinkommen von durchschnittlich rund 86 000 Euro. Betriebe zwischen 75 und 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche kamen auf gut 66 200 Euro. Das geringste Standardbetriebseinkommen erzielten die Betriebe unter 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche mit 4 800 Euro.

Gartenbaubetriebe wiesen 1999 die höchsten Standardbetriebseinkommen auf

Innerhalb der Betriebsformen lagen die Gartenbaubetriebe mit knapp 94 900 Euro deutlich vor denen des Betriebsbereichs Landwirtschaft mit 17 600 Euro. Die Betriebe in den übrigen Betriebsbereichen kamen auf jeweils rund 15 500 Euro je Betrieb. Die höchsten Standardbetriebseinkommen im Betriebsbereich Gartenbau erzielten die Gemüsebaubetriebe mit 142 200 Euro vor den Baumschulbetrieben (128 000 Euro) und den Zierpflanzenbetrieben (66 000 Euro). Im Betriebsbereich Landwirtschaft lagen die Veredlungsbetriebe (30 200 Euro) mit weitem Abstand vor den Marktfruchtbetrieben (18 700 Euro) sowie den Futterbau- und Dauerkulturbetrieben mit jeweils 17 100 Euro. Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, dass das Standardbetriebseinkommen noch die zu zahlenden Löhne beinhaltet.

Die Gliederung der Betriebsformen des Betriebsbereichs Landwirtschaft nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche zeigt, dass in der größten ausgewiesenen Größenklasse (100 und mehr ha) die Dauerkulturbetriebe mit 219 100 Euro deutlich vor den Veredlungsbetrieben mit 89 500 Euro und den Marktfruchtbetrieben mit 80 200 Euro lagen. Die Futterbaubetriebe kamen nur auf 72 200 Euro. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist der größere Einsatz von

Landwirtschaftliche Betriebe 1999 nach Größenklassen des Standardbetriebseinkommens
und sozialökonomischen Betriebstypen

Standardbetriebs- einkommen von ... EUR	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt			Darunter			
	Betriebe	LF	Standard- betriebs- einkommen je Betrieb	Haupterwerbsbetriebe		Nebenerwerbsbetriebe	
				Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	EUR	Anzahl	ha	Anzahl	ha
unter 2 556	13 752	61 334	907	387	3 078	13 135	57 135
2 556 – 5 113	3 830	38 566	3 654	606	6 324	3 101	31 309
5 113 – 10 226	3 795	55 691	7 375	1 385	18 778	2 272	35 103
10 226 – 15 339	2 309	42 409	12 616	1 342	23 222	873	17 731
15 339 – 25 565	3 137	75 125	20 172	2 302	52 174	704	20 725
25 565 – 38 347	2 815	93 662	31 470	2 328	78 678	301	10 211
38 347 – 51 129	1 998	87 453	44 385	1 683	75 913	99	4 660
51 129 und mehr	3 839	261 591	92 638	2 969	203 134	84	4 078
Insgesamt	35 475	715 831	19 162	13 002	461 301	20 569	180 952

familienfremden Arbeitskräften im Wein- und Obstbau zu berücksichtigen. Sie zeigen aber auch die hohe Flächenproduktivität der Dauerkulturen.

Jeder zweite Betrieb im Landkreis Ludwigshafen mit mehr als 38 347 Euro (75 000 DM) Standardbetriebseinkommen

Die regionalen Standorte, an denen intensivere Produktionsverfahren vorherrschen, wiesen 1999 in der Regel auch einen überdurchschnittlichen Anteil an Betrieben mit einem Standardbetriebseinkommen von mehr als 38 347 Euro auf. Für jeden zweiten landwirtschaftlichen Betrieb im Landkreis Ludwigshafen errechnete sich 1999 ein entsprechendes Standardbetriebseinkommen, ein Anteil, der in keinem anderen Landkreis auch nur annähernd erreicht wurde. Der Grund dürfte der Gemüseanbau an diesem Standort sein, der zu den wenigen expandierenden Betriebszweigen in der Landwirtschaft gehört. So ist jährlich eine Ausdehnung der Gemüseanbaufläche feststellbar.

Mit größerem Abstand folgte der ebenfalls noch vom Gemüseanbau geprägte Landkreis Germersheim (30%). Den nächsten Platz nahm der durch den Weinbau geprägte Landkreis Bad Dürkheim mit 29% ein. Bitburg-Prüm, der Landkreis, in dem rund ein Viertel des landesweiten Rinderbestandes gehalten wird, kam ebenso wie Bad Kreuznach auf 22%.

Demgegenüber weisen in der Regel die Landkreise in den Höhengebieten sehr hohe Anteile an Betrieben mit einem Standardbetriebseinkommen unter 2 556 Euro auf. Mit 67% lag der Westerwaldkreis an der Spitze. Mit rund 10 Prozentpunkten weniger folgte der Landkreis Altenkirchen vor dem Landkreis Ahrweiler (56%). In den Landkreisen Daun (55%), Rhein-Hunsrück-Kreis (51%) und Kusel (51%) erreichten ebenfalls mehr als die Hälfte aller Betriebe nur ein Standardbetriebseinkommen von weniger als 2 556 Euro.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Aktuelle Zwischenerhebung der bestockten Rebfläche

– Anbau von Rotwein weiter im Trend –

Das Statistische Landesamt bereitet jährlich auf sekundärstatistischem Weg aus der bei der Landwirtschaftskammer in Rheinland-Pfalz geführten EU-Weinbaukartei Daten zur bestockten Rebfläche auf. Dies erfolgt alle zehn Jahre im Zuge einer Grunderhebung und ansonsten jährlich als so genannte Zwischenerhebung. Die letzte Grunderhebung fand 1998/99 statt.

Die Auswertungen umfassen alle Betriebe, die mehr als 10 Ar Rebfläche bewirtschaften. Weinbaubetriebe mit weniger als 10 Ar sind für die Weinbaukartei auskunftspflichtig, wenn sie Trauben, Maische, Most, Wein oder Erzeugnisse daraus zum Verkauf hergestellt haben.

Dornfelder hinter Riesling und Müller-Thurgau auf Rang drei

Riesling, Müller-Thurgau und Dornfelder lautete Ende 2001 die aktuelle Rangfolge der Rebsorten in Rheinland-Pfalz. Damit ist es dem Dornfelder (5 100 ha) als erster Rotweinsorte überhaupt gelungen, einen Platz unter den führenden Rebsorten in Deutschlands wichtigstem Weinbaugebiet einzunehmen. An der Spitze der Rebsortenliste lag weiterhin der Riesling mit 14 700 ha, gefolgt vom Müller-Thurgau mit 11 600 ha. Gleichzeitig vollzog sich ein Führungswechsel im Rotweinanbau, indem der Dornfelder den jahrzehntlang dominierenden Portugieser (4 700 ha) ablöste.

Von den im Frühjahr 2001 neu angepflanzten Rebflächen entfielen allein 41% auf den Dornfelder und 12% auf den Blauen Spätburgunder. Alle Rotweinsorten zusammen erreichten bei den Neuanpflanzungen einen Anteil von 73%.

Starker Rückgang der bestockten Rebfläche an Mosel-Saar-Ruwer

Nach der neuesten Auswertung der EU-Weinbaukartei ist die bestockte Rebfläche insgesamt im Vergleich

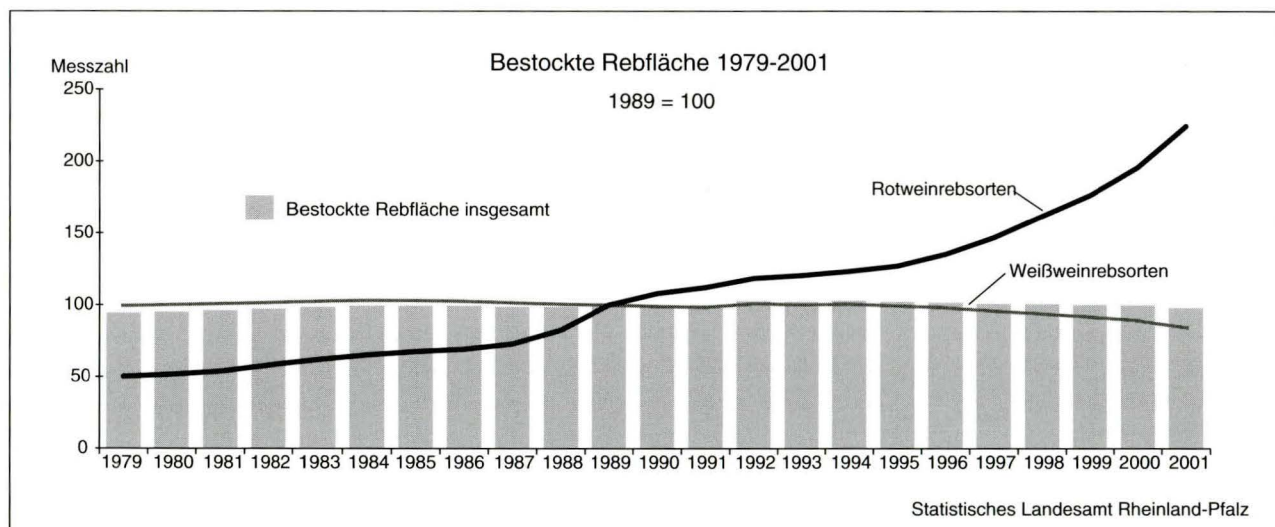
Bestockte Rebfläche der Keltertrauben 1989, 1999 und 2001 nach Anbaugebieten und Bereichen

Anbaugebiet Bereich	1989 ¹⁾	1999 ¹⁾	2001	Veränderung 2001 zu 1999
	ha			%
Ahr	479	520	519	-0,3
Mittelrhein	681	552	506	-8,3
Mosel-Saar-Ruwer	12 509	11 437	10 307	-9,9
Bernkastel	7 778	7 472	6 699	-10,3
Obermosel	1 080	1 012	893	-11,7
Burg Cochem	2 017	1 775	1 678	-5,4
Ruwertal	.	222	205	-8,0
Saar	.	957	832	-13,0
Nahe	4 636	4 603	4 387	-4,7
Rheinhessen	25 462	26 381	26 333	-0,2
Bingen	8 568	8 798	8 726	-0,8
Nierstein	9 866	10 122	10 112	-0,1
Wonnegau	7 028	7 461	7 495	0,5
Pfalz	23 046	23 338	23 422	0,4
Südliche Weinstraße	12 549	12 558	12 552	0,0
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	10 497	10 781	10 870	0,8
Rheinland-Pfalz	66 812	66 831	65 474	-2,0

1) Grunderhebung.

zum Vorjahr deutlich zurückgegangen. Mit 65 500 ha war sie um 1 150 ha kleiner (-1,8%). Im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer nahm sie allein um rund 850 ha (-7,6%) ab. Ein großer Teil davon dürfte endgültig aus der Bewirtschaftung ausgeschieden sein, was örtlich gravierende Spuren im gewohnten Landschaftsbild hinterlassen wird. In den beiden anderen großen Anbaugebieten Rheinhessen (26 300 ha) und Pfalz (23 400 ha) gab es dagegen keine nennenswerten Veränderungen der bestockten Rebfläche.

Diplom-Agraringenieur (FH) Gerd Kramer



Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und Preisindizes, die für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet werden. Sowohl für den Preisindex der Lebenshaltung als auch für den Preisindex der Wohngebäude kann auf die für das Bundesgebiet berechneten Indizes zurückgegriffen werden.

BEVÖLKERUNG	Einheit	1999	2000				2001			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 031 ¹⁾	4 035 ¹⁾	4 028	4 028	4 028	4 034	4 034	4 037	...
darunter Ausländer ²⁾	1 000	306 ¹⁾	302 ¹⁾	305	305	306	303	304	305	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 887	1 844	1 218	1 184	1 266	587	757	1 212	...
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	3 183	3 152	3 142	3 101	2 731	2 369	2 669	2 822	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	9,5	9,4	9,8	9,1	8,2	6,9	8,6	8,2	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 544	3 507	4 101	3 754	3 265	3 604	3 379	3 651	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,4	12,8	11,0	9,9	10,5	10,9	10,7	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	15	16	14	17	17	13	7	14	...
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,6	5,4	5,4	5,7	6,3	4,6	2,7	4,8	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-361	-355	-959	-653	-534	-1 235	-710	-829	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	-1,1	-1,1	-3,0	-1,9	-1,6	-3,6	-2,3	-2,4	...
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 284	9 081	7 484	8 704	8 057	9 376	7 290	8 920	8 980
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 928	2 717	2 280	2 694	2 407	3 190	2 296	2 984	2 816
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 439	8 411	7 616	8 282	7 089	8 786	6 533	4 650	7 119
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 132	2 139	1 675	2 218	1 700	2 009	1 568	1 711	1 488
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	845	671	- 132	422	968	590	757	4 270	1 861
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸⁾	Anzahl	13 678	13 496	11 721	12 937	12 273	12 692	10 714	12 394	12 739
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		1997	1998	1999			2000			
		30. 6.		31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 12	31. 3.	30. 6.	30. 9.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁹⁾	1 000	1 158	1 159	1 162	1 175	1 200	1 188	1 188	1 191	...
* Frauen	1 000	499	500	504	507	518	517	518	518	...
* Ausländer/-innen	1 000	78	79	77	75	77	73	75	77	...
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	166	172	181	170	172	177	180	184	...
* darunter Frauen	1 000	152	156	161	153	155	157	160	162	...
davon nach Wirtschaftsgliederung										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	X	13	13	14	14	12	13	14	...
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	X	367	362	360	364	362	362	361	...
* Baugewerbe	1 000	X	94	90	93	97	93	91	92	...
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	X	256	257	264	270	266	265	268	...
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	X	120	122	127	131	130	132	134	...
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	X	309	317	317	323	325	325	322	...

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. - 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. - 3) 2001 vorläufige Ergebnisse. - 4) Nach dem Ereignisort. - 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 8) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 9) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Arbeitsmarkt	Einheit	1999	2000				2001			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Arbeitslose	Anzahl	149 361	138 337	125 226	127 478	134 420	129 485	130 221	134 044	141 710
* Frauen	Anzahl	67 311	63 800	59 779	60 344	61 963	60 858	60 859	61 648	62 989
Männer	Anzahl	82 051	74 537	65 447	67 134	72 457	68 627	69 362	72 396	78 721
darunter										
Bauberufe	Anzahl	7 733	6 745	5 256	5 815	7 083	5 715	5 865	6 456	8 003
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	44 070	38 827	33 822	34 947	37 310	35 494	35 827	37 427	40 491
* Arbeitslosenquote ¹⁾	%	9,1	8,1	7,2	7,3	7,7	7,2	7,3	7,5	7,9
* Frauen	%	9,5	8,3	7,5	7,6	7,8	7,4	7,4	7,5	7,6
* Männer	%	8,9	7,9	6,8	7,0	7,6	7,1	7,2	7,5	8,1
* Ausländer/-innen	%	18,2	16,0	14,2	14,7	15,5	15,1	15,4	16,3	17,3
* Jüngere unter 25 Jahren	%	9,1	7,8	6,6	6,7	7,1	7,0	6,7	6,9	7,4
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	4 887	2 446	1 848	1 783	1 630	2 643	3 685	5 448	4 871
* Gemeldete Stellen	Anzahl	29 696	31 146	26 026	25 521	26 383	31 871	24 700	23 343	24 556
darunter										
Bauberufe	Anzahl	961	898	929	776	615	617	549	473	436
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	6 206	6 741	7 533	6 980	6 585	7 421	6 956	6 538	5 871
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		1999	2000				2001			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	1 113	903	770	637	772	866	660	713	679
* davon mit ...										
1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 033	844	715	593	727	823	625	669	646
3 und mehr Wohnungen ²⁾	Anzahl	80	59	55	44	45	43	35	44	33
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	3	3	2	2	-	-	-	2
Unternehmen	Anzahl	193	164	132	121	217	85	60	107	124
private Haushalte	Anzahl	916	735	635	514	553	781	600	606	553
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 739	1 382	1 358	950	1 207	1 195	921	1 009	934
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 171	949	888	647	799	851	666	708	668
* Wohnfläche	1 000 m ²	208	170	159	119	146	152	120	130	123
Wohnräume	Anzahl	9 134	7 387	6 787	5 211	6 328	6 693	5 189	5 620	5 210
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	260	214	194	148	179	193	151	160	151
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	217	184	209	184	193	154	151	181	173
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	23	20	24	19	18	18	22	13	26
Unternehmen	Anzahl	185	158	177	161	171	133	121	158	137
private Haushalte	Anzahl	9	6	8	4	4	3	8	10	10
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	66	42	24	21	26	14	20	14	16
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 084	988	1 262	1 152	1 700	842	815	1 327	740
* Nutzfläche	1 000 m ²	176	151	193	179	223	117	118	155	118
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	114	101	117	131	150	66	82	69	116
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß- nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 993	1 576	1 503	1 127	1 357	1 355	1 059	1 144	1 102
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	10 514	8 500	7 661	6 148	7 216	7 718	6 138	6 491	6 111

1) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 2) Einschließlich Wohnheime.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	1999	2000			2001			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	12 249	11 571	11 677	12 292	12 337	11 103	10 931	11 806
darunter									
* Rinder (ohne Kälber)	t	3 016	2 764	2 851	2 967	3 219	2 916	3 044	3 138
* Kälber	t	25	24	23	26	37	25	20	29
* Schweine	t	9 092	8 672	8 686	9 179	8 952	8 038	7 754	8 513
* Eierzeugung ²⁾	1 000	14 290	13 631	13 716	13 915	12 896	13 012	13 442	14 447
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	63 124	62 033	59 077	59 054	56 003	63 400	60 118	61 430
PRODUZIERENDES GEWERBE									
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾									
* Betriebe	Anzahl	2 275	2 308	2 303	2 299	2 299	2 398	2 390	2 390
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	307 750	303 460	305 086	303 284	303 508	303 222	302 630	301 553
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	197 036	193 426	194 582	193 229	193 203	193 367	192 358	191 835
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000 h	26 089	25 658	26 056	25 982	26 857	25 526	24 876	26 285
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	868	885	829	839	1 210	857	836	862
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	462	466	440	455	626	462	441	466
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	407	419	388	385	584	394	395	396
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	4 846	5 106	5 317	5 387	5 388	5 052	5 047	5 383
* Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 655	2 973	3 092	3 161	3 186	2 789	2 771	2 974
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 240	1 149	1 190	1 148	1 168	1 156	1 230	1 283
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	99	105	122	149	120	121	120	126
* Verbrauchsgüterproduzenten darunter	Mill. EUR	851	879	912	929	914	986	926	1 000
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	1 990	2 072	2 142	2 257	2 219	2 034	2 095	2 243
Exportquote ⁶⁾	%	41,1	40,6	40,3	41,9	41,2	40,3	41,5	41,7
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	164	137	103	127	150	99	109	122
Energieverbrauch	1 000 GJ	1999	2000			2001			
		Durchschnitt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
		54 288	53 842	58 021	51 802	50 341	55 205	55 884	49 620
		2 673	2 007	2 242	2 310	1 774	1 703	1 781	1 664
		36 335	36 253	39 624	34 029	33 438	37 923	38 843	33 570
		2 802	2 569	3 161	2 387	2 041	2 687	2 424	1 750
		12 478	13 012	12 994	13 075	13 088	12 892	12 837	12 635
Energie- und Wasser- versorgung	1 000 GJ	1999	2000			2001			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
		77	86	86	86	87	87	87	87
		13 644	12 389	12 329	11 995	11 938	10 826	10 821	10 769
		6 570	5 945	5 961	5 804	5 720	4 812	4 817	4 792
		852	751	758	739	764	620	600	633
		40	39	34	49	46	30	30	39
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	17	16	14	21	19	11	11	15
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	24	23	20	28	27	19	19	24
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁸⁾	Mill. kWh	556	555	484	581	525	525	513	...
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	532	537	472	567	510	513	500	...
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	5 851	5 774	4 192	5 915	6 818	3 875	4 545	...
Gasaufkommen	Mill. kWh								

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Kniekeiern. - 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. - 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. - 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 7) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert = oberer Heizwert). - 8) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Baugewerbe	Einheit	1999	2000			2001			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾									
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	47 826	46 850	47 362	46 742	46 122	45 485	44 984	44 753
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 841	4 989	5 655	5 386	5 143	5 231	4 877	5 218
davon									
* Wohnungsbau	1 000 h	2 046	2 192	2 440	2 397	2 219	2 001	1 885	2 028
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 236	1 241	1 350	1 293	1 265	1 341	1 252	1 313
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 559	1 556	1 865	1 696	1 659	1 889	1 740	1 877
darunter Straßenbau	1 000 h	710	723	930	831	767	881	812	894
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	102	102	102	102	119	105	96	101
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	78	78	79	79	90	81	73	79
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	24	24	23	23	29	25	23	22
* Baugewerblicher Umsatz									
(ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	366	370	411	402	402	397	372	407
davon									
* Wohnungsbau	Mill. EUR	130	124	138	128	122	115	113	120
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	106	111	122	129	113	115	107	118
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	130	134	150	145	168	167	151	170
darunter Straßenbau	Mill. EUR	60	58	70	69	74	74	71	84
Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe) ⁴⁾									
		1999	2000			2001			
		Durchschnitt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
Betriebe ⁵⁾	Anzahl	389	402	401	403	402	402	398	394
* Beschäftigte ^{2) 5)}	Anzahl	14 652	14 308	14 268	14 350	14 393	14 222	14 068	13 754
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 527	4 398	4 397	4 482	4 420	4 293	4 212	4 126
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	91	91	86	92	89	97	86	88
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	64	64	61	65	63	68	61	62
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	27	27	25	27	26	29	26	26
* Baugewerblicher Umsatz									
(ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	302	309	251	269	310	407	230	270
HANDEL									
Großhandel ^P (einschl. Kfz-Handel und Tankstellen)									
		1999	2000			2001			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Beschäftigte	1995=100	96,8	96,4	96,6	96,5	95,7	95,5	96,3	94,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	1995=100	98,9	98,5	98,3	99,5	98,0	100,3	104,4	101,3
* Umsatz nominal ⁶⁾	1995=100	108,5	115,7	122,6	126,5	124,4	120,7	119,7	129,4
* Umsatz real ⁶⁾	1995=100	110,7	113,7	119,1	123,1	121,3	115,8	115,1	126,1
Einzelhandel ^P (einschl. Kfz-Handel und Tankstellen)									
* Beschäftigte	1995=100	93,0	91,8	92,8	92,6	93,1	94,1	94,4	94,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	1995=100	102,5	99,9	100,4	100,4	101,8	101,5	101,8	102,8
* Umsatz nominal ⁶⁾	1995=100	98,8	100,7	99,6	99,5	104,0	101,4	97,9	107,1
* Umsatz real ⁶⁾	1995=100	96,8	97,6	95,7	95,7	100,2	96,2	92,8	101,7
GASTGEWERBE ^P									
* Beschäftigte	1995=100	87,9	84,3	87,2	86,3	82,4	88,9	88,7	88,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	1995=100	90,9	83,8	86,7	85,6	82,0	88,7	87,3	87,2
* Umsatz nominal ⁶⁾	1995=100	99,8	101,9	114,4	115,1	97,6	114,6	115,4	115,1
* Umsatz real ⁶⁾	1995=100	95,2	96,3	108,0	108,6	93,3	103,8	107,2	106,6

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. - 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. - 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Am Ende des Berichtszeitjahres. - 6) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	1999	2000				2001			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gästeankünfte	1 000	510	541	831	747	484	677	744	686	477
* darunter von Auslandsgästen	1 000	104	113	148	131	89	155	125	114	87
* Gästeübernachtungen	1 000	1 488	1 596	2 269	2 135	1 266	2 110	2 111	2 050	1 186
* darunter von Auslandsgästen	1 000	295	324	378	359	234	511	340	322	211
VERKEHR		1999	2000				2001			
Straßenverkehrsunfälle		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	10 318	10 384	10 777	10 411	10 832	9 758	10 858	10 569	10 837
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 617	1 578	1 917	1 803	1 624	1 656	1 904	1 621	1 669
* Getötete Personen	Anzahl	32	30	32	35	29	27	30	35	34
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	20	17	13	22	18	14	16	26	19
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	11	6	3	10	8	5	5
Radfahrer	Anzahl	2	2	3	2	3	3	2	-	1
Fußgänger	Anzahl	3	3	2	4	4	-	3	3	5
* Verletzte Personen	Anzahl	2 146	2 095	2 566	2 383	2 162	2 208	2 523	2 146	2 219
darunter schwer verletzte Personen	Anzahl	496	458	622	503	449	465	546	447	499
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	263	253	272	244	267	194	271	258	265
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	106	93	183	144	86	141	149	89	118
Radfahrer	Anzahl	55	44	89	43	35	88	82	45	47
Fußgänger	Anzahl	49	46	50	48	45	26	36	35	50
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	19 005	17 744	16 254	15 542	15 774	18 638	15 409	15 666	16 563
darunter										
Krafträder	Anzahl	1 271	1 109	1 002	567	361	1 246	1 065	534	346
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	16 370	15 265	13 959	13 663	14 073	13 197	13 138	13 893	14 972
* Lastkraftwagen	Anzahl	954	980	949	986	1 044	791	882	872	945
* Zugmaschinen	Anzahl	240	219	190	197	189	204	176	191	186
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr		1999	2000				2001			
		Durchschnitt		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
Beförderte Personen	1 000	70 753	69 962	73 123	70 311	63 916	72 499	73 617	71 499	63 562
darunter im allgemeinen Linienverkehr	1 000	66 285	65 530	68 942	65 816	59 289	68 072	69 335	66 914	59 366
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	995	1 011	893	1 008	1 111	1 030	916	1 065	1 110
Binnenschifffahrt		1999	2000				2001			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Gütereingang	1 000 t	1 285	1 335	1 512	1 447	1 354	1 483	1 356	1 267	1 358
* Güterversand	1 000 t	721	825	879	836	820	857	858	813	907
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 872	2 044	1 979	1 932	2 232	2 260	2 088	1 963	2 175
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	96	101	111	101	104	139	139	128	143
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 776	1 942	1 868	1 831	2 127	2 120	1 949	1 835	2 031

1) Betriebe ab 9 Betten. - 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. - 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. - 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. - 5) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)		Einheit	1999	2000				2001			
			Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.
*	Rohstoffe	Mill. EUR	17	19	19	14	19	15	15	13	15
*	Halbwaren	Mill. EUR	65	74	63	65	102	78	74	65	76
*	Fertigwaren	Mill. EUR	1 693	1 849	1 785	1 751	2 006	2 028	1 859	1 757	1 940
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	541	606	573	618	670	646	627	551	648
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 152	1 242	1 213	1 133	1 336	1 382	1 232	1 206	1 292
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	1 394	1 496	1 374	1 385	1 589	1 652	1 473	1 409	1 577
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	1 101	1 022	1 029	1 061	1 224	1 312	1 147	1 113	1 249
	Belgien	Mill. EUR	117	132	124	122	128	148	131	128	147
	Luxemburg	Mill. EUR	17	21	18	18	22	25	26	19	21
	Dänemark	Mill. EUR	30	30	26	27	37	36	32	28	40
	Finnland	Mill. EUR	13	13	13	12	15	16	18	15	16
	Frankreich	Mill. EUR	268	280	244	268	276	315	277	256	283
	Griechenland	Mill. EUR	14	18	19	14	22	19	19	21	17
	Großbritannien	Mill. EUR	157	152	138	129	167	178	154	130	157
	Irland	Mill. EUR	9	9	9	9	8	8	9	11	11
	Italien	Mill. EUR	148	162	110	145	182	178	116	162	185
	Niederlande	Mill. EUR	108	115	110	92	121	120	112	96	114
	Österreich	Mill. EUR	75	87	87	72	93	94	85	83	97
	Schweden	Mill. EUR	35	36	30	40	33	32	30	34	36
	Spanien	Mill. EUR	92	101	87	94	101	126	117	107	108
	Portugal	Mill. EUR	18	19	14	17	18	17	20	23	15
*	Afrika	Mill. EUR	42	38	42	37	39	55	47	48	52
*	Amerika	Mill. EUR	206	240	263	224	271	252	265	235	243
	darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	149	174	183	154	197	176	191	167	169
*	Asien	Mill. EUR	216	255	282	269	318	278	286	255	283
	darunter nach Japan	Mill. EUR	39	50	56	50	69	53	65	58	39
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	14	14	17	16	14	21	16	17	18
Einfuhr (Generalhandel)											
*	Insgesamt	Mill. EUR	1 301	1 525	1 454	1 443	1 681	1 516	1 310	1 301	1 449
davon											
*	Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	133	132	118	100	137	117	108	128	121
*	Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 168	1 393	1 336	1 344	1 544	1 399	1 202	1 173	1 328
davon											
*	Rohstoffe	Mill. EUR	15	25	19	15	19	17	16	18	19
*	Halbwaren	Mill. EUR	137	241	306	261	309	237	208	207	199
*	Fertigwaren	Mill. EUR	1 016	1 127	1 011	1 068	1 216	1 145	979	947	1 111
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	252	285	307	285	329	312	248	225	287
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	765	843	704	783	888	833	730	723	824
davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	1 012	1 208	1 113	1 155	1 334	1 166	957	988	1 139
*	darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	808	798	861	928	1 048	944	752	820	919
	Belgien	Mill. EUR	111	145	138	168	168	119	125	152	158
	Luxemburg	Mill. EUR	13	21	18	17	31	25	20	16	21
	Dänemark	Mill. EUR	27	31	46	39	19	63	31	31	39
	Finnland	Mill. EUR	7	8	6	6	5	6	5	5	3
	Frankreich	Mill. EUR	200	213	195	181	237	212	136	201	162
	Griechenland	Mill. EUR	2	1	1	1	2	3	2	2	2
	Großbritannien	Mill. EUR	60	63	49	66	56	71	73	57	79
	Irland	Mill. EUR	8	12	7	13	14	26	8	7	15
	Italien	Mill. EUR	103	99	88	82	108	102	77	77	98
	Niederlande	Mill. EUR	147	209	207	201	239	166	174	141	193
	Österreich	Mill. EUR	42	42	42	38	48	63	26	39	49
	Schweden	Mill. EUR	22	35	10	46	35	18	16	37	25
	Spanien	Mill. EUR	54	69	37	50	69	53	45	38	54
	Portugal	Mill. EUR	13	17	18	19	17	20	16	17	21
*	Afrika	Mill. EUR	25	30	26	18	31	42	34	21	35
*	Amerika	Mill. EUR	115	123	140	121	140	138	160	131	120
	darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	97	102	110	95	117	100	137	93	106
*	Asien	Mill. EUR	145	160	171	145	172	166	156	153	150
	darunter aus Japan	Mill. EUR	40	36	33	29	37	32	34	26	34
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	4	4	5	3	5	3	7	4

1) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

GEWERBEANZEIGEN ¹⁾	Einheit	1999	2000			2001			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 174	3 150	2 935	2 997	3 104	3 116	2 867	3 011
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 795	2 653	2 309	2 400	2 556	2 416	2 268	2 577
INSOLVENZEN									
* Beantragte Insolvenzverfahren davon	Anzahl	94	145	149	148	177	189	192	189
* Unternehmen einschließlich Kleingewerbe	Anzahl	71	91	102	80	118	109	109	107
* natürliche Personen als Gesellschaftsmitglieder u.Ä., Nachlässe	Anzahl	15	15	9	12	11	10	12	8
* Verbraucher	Anzahl	8	39	38	56	48	70	71	58
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	34	54	59	45	95	51	87	66
HANDWERK ²⁾									
* Beschäftigte ³⁾	1998=100	1999	2000				2001		
		Durchschnitt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1998=100	96,3	93,9	93,8	93,5	95,1	93,3	90,6	89,5
		103,5	103,3	93,7	103,1	103,4	113,1	93,9	100,9
VERDIENSTE ⁴⁾									
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	1999	2000			2001			
		Durchschnitt	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.
* Männer	EUR	2 345	2 393	2 401	2 419	2 406	2 338	2 419	2 438
* Frauen	EUR	2 419	2 465	2 475	2 494	2 478	2 405	2 494	2 511
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	1 750	1 796	1 788	1 804	1 807	1 805	1 815	1 830
* Gewerbe	EUR	14,10	14,39	14,35	14,45	14,44	14,51	14,57	14,62
* Männer	EUR	14,50	14,79	14,75	14,85	14,84	14,93	14,98	15,01
* darunter									
Facharbeiter	EUR	15,51	15,83	15,78	15,91	15,90	15,96	16,09	16,17
angelernte Arbeiter	EUR	13,86	14,23	14,12	14,33	14,31	14,37	14,36	14,44
Hilfsarbeiter	EUR	11,78	12,01	12,08	12,02	11,99	12,15	12,21	12,08
* Frauen	EUR	10,82	11,04	11,00	11,06	11,11	11,13	11,18	11,28
* darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,27	10,45	10,43	10,48	10,50	10,49	10,53	10,61
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,2	38,3	38,5	38,5	38,3	37,1	38,2	38,4
Arbeiter	h	38,3	38,4	38,6	38,6	38,4	37,1	38,3	38,5
Arbeiterinnen	h	37,2	37,5	37,4	37,5	37,5	37,3	37,4	37,3
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 319	3 383	3 366	3 384	3 408	3 443	3 466	3 483
* Männer	EUR	3 580	3 660	3 640	3 663	3 687	3 718	3 742	3 761
* Frauen	EUR	2 566	2 603	2 584	2 603	2 627	2 653	2 671	2 691
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 055	3 096	3 087	3 089	3 117	3 152	3 174	3 180
Männer	EUR	3 520	3 576	3 568	3 569	3 601	3 634	3 655	3 653
Frauen	EUR	2 514	2 545	2 528	2 544	2 567	2 594	2 616	2 638
* technische Angestellte	EUR	3 524	3 614	3 590	3 623	3 643	3 673	3 696	3 722
Männer	EUR	3 607	3 699	3 674	3 709	3 728	3 757	3 782	3 811
Frauen	EUR	2 756	2 825	2 802	2 835	2 859	2 878	2 882	2 893
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 406	2 506	2 457	2 519	2 557	2 569	2 573	2 608
* Männer	EUR	2 700	2 803	2 740	2 824	2 862	2 873	2 891	2 907
* Frauen	EUR	2 085	2 180	2 140	2 185	2 224	2 238	2 225	2 267
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 398	2 500	2 449	2 512	2 553	2 570	2 571	2 608
Männer	EUR	2 714	2 816	2 750	2 839	2 879	2 901	2 915	2 935
Frauen	EUR	2 087	2 183	2 143	2 189	2 228	2 242	2 228	2 272
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 826	2 918	2 881	2 927	2 961	2 979	2 995	3 024

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. - 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. - 4) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	1999	2000				2001			
		Durchschnitt	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	30. 9.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	97 333	103 350	100 972	102 237	104 172	106 019	107 120	108 504	109 861
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 272	13 581	13 163	13 276	13 763	14 123	14 412	14 066	14 238
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 201	10 011	9 629	10 014	10 169	10 232	10 296	10 623	10 501
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	73 860	79 758	78 180	78 947	80 240	81 664	82 412	83 815	85 122
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	92 898	97 596	95 505	96 813	98 202	99 862	100 636	101 804	103 559
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	83 041	87 502	85 476	86 842	88 021	89 667	89 506	90 364	91 278
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	9 857	10 094	10 029	9 971	10 181	10 195	11 130	11 440	12 281
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	4 435	5 755	5 467	5 424	5 970	6 157	6 484	6 700	6 302
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	73 050	74 619	73 696	72 455	76 181	76 140	74 935	76 244	76 977
Sichteinlagen	Mill. EUR	14 746	15 940	15 843	15 492	15 834	16 589	16 296	17 273	18 188
Termineinlagen	Mill. EUR	20 305	22 169	20 575	20 513	24 778	22 811	22 861	23 435	23 514
Sparbriefe	Mill. EUR	5 573	5 424	5 396	5 443	5 378	5 477	5 452	5 585	5 648
Spareinlagen	Mill. EUR	32 426	31 086	31 882	31 007	30 191	31 263	30 326	29 951	29 627
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	70 626	71 840	71 011	69 792	73 145	73 410	71 923	72 846	73 688
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	68 567	68 435	68 698	67 670	67 116	70 254	69 790	70 508	71 504
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 059	3 405	2 313	2 122	6 029	3 156	2 133	2 338	2 184
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 424	2 779	2 685	2 663	3 036	2 730	3 012	3 398	3 289
STEUERN		1999	2000				2001			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 022	2 248	1 751	2 649	3 124	2 449	1 761	2 323	2 766
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	829	830	524	789	1 477	834	441	874	1 323
Lohnsteuer	Mill. EUR	611	622	452	788	841	425	438	820	803
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. EUR	80	110	-	331	-	-	-	382	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	32	32	-42	-59	328	263	6	-36	292
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	43	45	91	7	14	36	19	24	29
Zinsabschlag	Mill. EUR	23	26	13	44	15	11	14	50	14
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. EUR	10	11	-	30	-	-	-	34	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	120	104	10	9	279	99	-36	16	185
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	16	7	-	34	-	-	-	44	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 193	1 418	1 227	1 859	1 647	1 615	1 320	1 448	1 444
Umsatzsteuer	Mill. EUR	389	381	382	379	391	385	386	382	411
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	804	1 037	845	1 480	1 256	1 229	934	1 066	1 032
Zölle	Mill. EUR	95	107	116	120	116	115	96	106	100
Bundessteuern	Mill. EUR	122	141	131	118	359	139	138	118	347
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	79	97	99	91	274	89	101	102	272
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	36	37	27	21	79	44	32	9	69

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch STEUERN	Einheit	1999	2000				2001			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Landessteuern	Mill. EUR	71	67	63	61	59	73	73	65	46
Vermögensteuer	Mill. EUR	3	3	4	2	2	2	2	-1	1
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	13	10	9	8	7	10	10	8	6
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	Mill. EUR	9	7	7	7	7	7	7	7	6
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	31	31	30	27	24	34	38	32	23
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	10	11	11	14	12	12	13	15	4
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	0	3	3	0	0	3
Biersteuer	Mill. EUR	4	4	3	3	3	4	3	3	3
		1999	2000				2001			
		Durchschnitt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	
Gemeindesteuern	Mill. EUR	401	426	412	462	405	426	319	376	432
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	0	10	4	5	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	85	90	83	104	92	82	91	94	102
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	267	294	295	316	265	299	193	234	287
Grunderwerbsteuer (Gemeindeanteil)	Mill. EUR	37	30	23	31	29	36	23	33	30
sonstige Gemeindesteuern	Mill. EUR	8	8	7	10	8	6	7	11	8
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Ge- meinden u. Gemeindeverb.										
Gewerbesteuer (netto) ¹⁾	Mill. EUR	628	642	510	671	603	784	430	587	630
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	207	228	258	257	200	198	155	190	228
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	257	253	124	239	233	417	132	227	227
	Mill. EUR	30	28	10	29	29	42	17	27	30
		1999	2000				2001			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	607	605	512	575	866	581	451	612	788
Landessteuern	Mill. EUR	71	67	63	61	59	73	73	65	46
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	317	312	183	287	558	314	137	326	484
Lohnsteuer	Mill. EUR	219	220	148	290	267	136	141	303	249
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	13	13	-18	-25	140	112	2	-15	124
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	17	19	44	-1	6	15	8	9	12
Zinsabschlag	Mill. EUR	10	12	6	20	6	5	6	22	6
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	58	49	4	4	139	48	-20	7	92
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	204	209	222	225	205	194	195	216	211
Umsatzsteuer	Mill. EUR	156	146	156	155	125	133	147	146	142
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	48	63	66	70	80	61	48	70	69
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	4	5	13	0	13	0	17	2	17
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	6	0	6	0	6	1	6
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	7	8	20	1	20	0	20	2	20
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	5	0	5	0	4	0	4
Steuereinnahmen des Bundes										
Bundessteuern	Mill. EUR	1 107	1 239	1 134	1 285	1 870	1 697	1 451	1 732	2 161
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	122	141	131	118	359	139	138	118	347
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	365	364	230	337	650	365	186	375	578
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	616	729	760	829	848	1 193	1 110	1 237	1 219
	Mill. EUR	4	5	13	0	13	0	17	2	17

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	82 087	82 193	82 213	82 234	82 256
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	35 890	34 959 ^p	49 157 ^p	47 793 ^p	31 326 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	64 229	63 914 ^p	70 511 ^p	63 543 ^p	64 499 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	70 528	69 889 ^p	66 855 ^p	61 223 ^p	69 154 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 6 299	– 5 975 ^p	3 656 ^p	2 320 ^p	– 4 655 ^p
Arbeitslose	1 000	4 099	3 889	3 781	3 685	3 611	3 799	3 789	3 743	3 725
Männer	1 000	2 160	2 053	1 949	1 899	1 862	1 997	1 985	1 961	1 957
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	10,5	9,6	9,3	9,0	8,9	9,2	9,2	9,0	9,0
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	11,7	10,7	10,2	10,0	9,8	10,1	10,1	10,0	10,0
Offene Stellen	1 000	456	514	544	525	491	522	508	485	443
Kurzarbeiter	1 000	119	86	62	66	66	103	92	114	140
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 368	6 375	6 428	6 432	6 420	6 413	6 435	6 422	6 395
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	527	526	510	534	540	511	505	510	541
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	194 982	212 968	207 243	117 286	113 713	216 995	211 314	114 317	117 856
Auslandsumsatz	Mill. EUR	66 608	77 255	72 684	43 092	42 003	80 628	75 062	42 489	43 254
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	111,4	118,2	112,6 ^r	125,5	124,8	116,3	112,4	118,9	124,3
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	112,5	118,5	115,4 ^r	121,9	123,3	116,5	113,0	115,0	122,0
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	114,2	125,4	119,0 ^r	143,0	136,4	128,9	120,4	136,4	138,0
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	113,4	121,1	89,4 ^r	117,2	120,0	96,8	96,3	112,0	115,3
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	102,6	103,7	105,2 ^r	109,7	114,1	104,4	106,0	104,1	113,0
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	41 201	41 971	38 363	40 409	43 004
Gaserzeugung	Mill. kWh	32 097	32 478	28 226	27 234	34 319	31 078	28 796	30 238	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte	1 000	1 110	1 050	1 067	1 064	1 054	968	971	968	959
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	113	106	116	119	115	107	104	102	111
Baugewerblicher Umsatz	Mill. EUR	16 915	16 077	17 529	9 007	9 005	8 633	8 489	8 195	8 781
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	19 459	16 100	16 732	14 884	14 116	16 335	14 893	12 908	13 837
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 977	14 944	15 554	13 716	13 115	15 248	14 005	12 043	12 892
Wohnfläche	1 000 m ²	3 403	2 811	2 909	2 644	2 487	2 815	2 538	2 222	2 403
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 442	3 292	3 740	3 397	3 309	3 512	3 150	2 850	3 060
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	36 465	29 042	30 014	27 651	25 855	28 398	25 492	22 040	24 208
Handel und Gastgewerbe ⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,8	103,2	99,5	101,2	104,4	105,2	101,6	100,3	106,9
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,6	109,9	111,3	116,1	110,8	105,8	109,6	105,5	112,8
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,3	97,2	105,1	109,3	103,2	105,5	107,3	107,0	104,7

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Jul	August	September	Oktober	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. EUR	42 501	49 790	47 149	48 914	56 897	55 319	51 627	49 628	57 225
EU-Länder insgesamt	Mill. EUR	24 448	28 115	24 933	27 235	31 861	29 752	27 241	27 389	30 952
Belgien / Luxemburg	Mill. EUR	2 402	2 728	2 497	2 595	2 883	2 736	2 521	2 741	2 870
Frankreich	Mill. EUR	4 881	5 618	4 866	5 514	6 647	6 033	5 323	5 496	6 221
Großbritannien	Mill. EUR	3 594	4 115	3 937	3 946	4 523	4 711	4 557	4 131	4 723
Italien	Mill. EUR	3 195	3 751	2 979	3 697	4 380	4 167	3 204	3 617	4 235
Niederlande	Mill. EUR	2 863	3 250	3 040	3 014	3 475	3 152	3 238	2 952	3 545
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. EUR	37 067	44 862	44 834	45 272	50 635	46 555	43 354	43 156	48 226
EU-Länder insgesamt	Mill. EUR	19 971	22 830	22 723	22 634	26 164	24 100	21 867	22 678	25 262
Belgien / Luxemburg	Mill. EUR	1 907	2 186	2 169	2 183	2 535	2 520	2 256	2 441	2 829
Frankreich	Mill. EUR	3 796	4 239	3 805	3 810	4 893	4 279	3 802	3 936	4 164
Großbritannien	Mill. EUR	2 563	3 077	3 169	3 289	3 337	2 833	3 003	3 176	3 623
Italien	Mill. EUR	2 759	2 981	2 697	2 767	3 349	3 171	2 576	2 552	3 432
Niederlande	Mill. EUR	3 007	2 728	3 691	4 185	4 471	3 721	3 541	3 700	3 992
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	27 252	28 231	22 524	35 100	22 514	24 000	22 450	30 838	20 413
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	15 367	16 032	10 775	23 993	9 735	11 104	10 449	19 768	8 072
Lohnsteuer	Mill. EUR	11 151	11 311	10 765	10 139	9 990	11 556	10 464	9 497	9 491
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	907	1 018	- 1 347	6 091	- 824	- 1 496	- 1 059	5 803	- 837
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	11 429	11 739	11 386	11 106	11 759	11 819	11 639	11 046	11 382
Umsatzsteuer	Mill. EUR	9 300	8 928	8 598	8 255	8 782	8 696	8 733	8 526	8 569
Zölle	Mill. EUR	265	283	283	307	297	295	280	254	268
Bundessteuern	Mill. EUR	6 019	6 292	6 315	6 469	5 868	7 000	6 670	5 851	6 778
Versicherungssteuer	Mill. EUR	593	604	867	342	321	349	899	321	332
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	4 486	4 698	4 762	4 708	4 912	5 883	5 075	4 340	5 867
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1995 = 100	100,8	106,7	106,6	108,7	109,2	110,1	109,9	110,0	109,7
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	89,9	95,1	97,2	97,3	98,8	99,9	101,3	102,0 ^p	100,4 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	98,5	101,8	102,3	103,2	103,7	105,2	105,1	105,2	104,3
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	98,4	98,7	98,7	-	-	-	98,6	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	98,4	98,7	98,7	-	-	-	98,5	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	95,5	97,8	98,1	-	-	-	98,5	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	1995 = 100	104,9	106,9	107,2	107,7	107,5	110,2	110,0	110,0	109,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	101,7	101,2	100,8	100,5	100,5	107,4	106,2	106,1	106,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	106,0	107,5	107,4	107,5	107,6	109,5	109,5	109,5	109,5
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,8	102,0	101,3	102,0	102,2	102,4	102,2	102,9	103,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	107,4	110,9	111,2	112,6	112,8	114,5	114,7	115,0	114,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	102,1	102,1	101,9	102,0	102,1	103,1	103,1	103,2	103,3
Gesundheitspflege	1995 = 100	110,6	111,0	111,1	111,2	111,3	112,4	112,5	112,6	112,6
Verkehr	1995 = 100	107,6	113,6	114,1	115,6	114,7	117,6	117,4	117,7	116,3
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	88,2	84,5	84,0	83,9	83,9	82,1	82,2	82,2	82,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	103,4	104,5	105,8	104,8	103,2	107,8	107,2	106,4	105,3
Bildungswesen	1995 = 100	117,5	119,3	119,3	119,9	119,9	121,0	121,2	121,6	121,6
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	1995 = 100	104,9	106,2	109,0	106,4	106,5	110,8	110,7	108,2	108,5
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	104,5	106,8	106,9	107,0	107,3	109,6	109,7	109,9	110,1

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

Neuerscheinungen im Januar

Statistische Berichte

Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Gesundheitswesen



Bevölkerung der Gemeinden am
31. Dezember 2000

– Gebietsstand 31. Dezember 2000 –

BestellNr.: A I 2 – hj 2/00

Unterricht und Bildung, Rechtspflege, Wahlen

Weiterbildung in Rheinland-Pfalz 2000

BestellNr.: B IV 1 – j/00

Land- und Forstwirtschaft

Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf 2001

BestellNr.: C I 3 – j/01

Unternehmen und Arbeitsstätten

Gewerbeanzeigen im Oktober 2001

– Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik –

BestellNr.: D I 2 – m 10/01

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im November 2001

BestellNr.: E I 1 – m 11/01

Bauhauptgewerbe im November 2001 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)

BestellNr.: E II 1 – m 11/01

Elektrizitäts- und Gasversorgung im August 2001

BestellNr.: E IV 2/3 – m 8/01

Bautätigkeit, Wohnungswesen

Baugenehmigungen im November 2001

BestellNr.: F II 1 – m 11/01

Handel und Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel und im Gastgewerbe im November 2001 – Messzahlen für Umsatz und Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen –

BestellNr.: G I 1/G IV 3 – m 11/01

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im September 2001

BestellNr.: G IV 1 – m 9/01

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Oktober 2001

BestellNr.: H I 1 – m 10/01

Binnenschifffahrt im Oktober 2001

BestellNr.: H II 1 – m 10/01

Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im 3. Vierteljahr 2001

BestellNr.: H I – vj 3/01

Preise und Preisindizes

Preisindizes für die Lebenshaltung in Deutschland im Dezember 2001

BestellNr.: M I 2 – m 12/01

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im November 2001

BestellNr.: M I 4/S – vj 4/01

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1992, 1994 und 1996 bis 1998 – Revidierte Ergebnisse nach ESVG 1995 –

BestellNr.: P I 3 – j/98

Zusammenfassende Berichte

Daten zur Konjunktur im November 2001

BestellNr.: Z 1 – m 11/01

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden

Telefon: 02603 71-245

Telefax: 02603 71-315

E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de des Statistischen Landesamtes sind die Veröffentlichungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Weniger Schüler an Grund- und Hauptschulen

Insgesamt rund 429 000 rheinland-pfälzische Schülerinnen und Schüler haben im Januar zur Mitte des Schuljahrs ihre Zwischenzeugnisse erhalten.

An den Grundschulen des Landes wurden 134 865 Kinder der Klassenstufen 2 bis 4 beurteilt. Die 41 960 Erstklässler bekamen noch keine Zeugnisse. Wie schon in den vergangenen Jahren sind hier auch im aktuellen Schuljahr – demographisch bedingt – rückläufige Schülerzahlen zu verzeichnen. Die Zahl der Erstklässler liegt um 5,1% unter der des vorigen Schuljahrs.

Auch an den Hauptschulen des Landes werden weniger Kinder und Jugendliche unterrichtet als im Vorjahr. Rund 61 200 Zeugnisse wurden ausgegeben, das sind 5,9% weniger als 2001.

An den übrigen allgemein bildenden Schulen sind demgegenüber wieder steigende Schülerzahlen zu verzeichnen: So werden in den Realschulen 69 141 Kinder und Jugendliche ausgebildet (+1,4%), in den Gymnasien 115 014 (+2,2%), in freien Waldorfschulen 2 163

(+1,4%), in integrierten Gesamtschulen 14 258 (+6,4%) sowie in regionalen Schulen und dualen Oberschulen 32 217 (+23,3%). ge

Urlaubs- und Ausflugsfahrten mit dem Bus werden immer beliebter

Von Januar bis September 2001 beförderten die 190 größeren rheinland-pfälzischen Busunternehmen mit sechs und mehr verfügbaren Bussen knapp 209 Mill. Personen. Das sind 0,6% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. An der gesamten Beförderungsleistung überwiegt deutlich der allgemeine Linienverkehr mit knapp 196 Mill. Fahrgästen (+0,8%).

Weiterhin steigender Beliebtheit erfreuen sich die Ferienziel- und Ausflugsfahrten mit Bussen. Rund 1,3 Mill. Personen nutzten in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 diese Reisemöglichkeit. Das waren 3,2% mehr als im Vorjahr. Da sich gleichzeitig die mittlere Reiseweite erhöhte, kamen insgesamt rund 450 Mill. Personenkilometer zusammen, 18% mehr als im Jahr zuvor. gü

Gerhard-Fürst-Preis 2002 des Statistischen Bundesamtes

Seit 1999 vergibt das Statistische Bundesamt den Gerhard-Fürst-Preis in den Abteilungen Dissertationen und Diplom- bzw. Masterarbeiten. Mit dieser Auszeichnung werden herausragende Arbeiten der Fachrichtungen theoretische Statistik, Wirtschaftsstatistik, Sozialstatistik oder aber wirtschafts- bzw. sozialwissenschaftliche Abhandlungen gewürdigt. Arbeiten, die für den Gerhard-Fürst-Preis eingereicht werden, sollten entweder ein theoretisches Thema mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder die Untersuchung empirischer Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik zum Gegenstand haben. Das Statistische Bundesamt möchte mit der Auslobung des Preises die Beschäftigung mit Fragen der amtlichen Statistik im Rahmen der universitären Ausbildung fördern und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik weiter intensivieren.

Die Prämie für eine auszuzeichnende Dissertation beträgt 5 000 Euro und für eine auszuzeichnende Examensarbeit 2 500 Euro. Darüber hinaus werden die Preisträger über ihre Arbeit einen Artikel in der monatlich erscheinenden Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichen. Die Preise werden im Rahmen des jährlich im November vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit der Deut-

schen Statistischen Gesellschaft in Wiesbaden veranstalteten wissenschaftlichen Kolloquiums verliehen. Das Statistische Bundesamt nimmt die Auszeichnungen auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums vor. Im vergangenen Jahr konnte die an der Universität Leipzig bei Professor Lange entstandene Arbeit „Analyse der wirtschaftlichen Situation in kleinräumigen Regionen unter besonderer Berücksichtigung multivariater Verfahren – dargestellt für den Freistaat Sachsen“ von Dipl.-Volkswirt Christian Zischeck auf Vorschlag der Gutachter mit einem Förderpreis des Statistischen Bundesamtes ausgezeichnet werden. Informationen zu dieser Preisverleihung sind in Heft 12/2001 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht.

Für den Gerhard-Fürst-Preis 2002 in Frage kommende deutsch- oder englischsprachige Arbeiten können ausschließlich von den sie betreuenden Wissenschaftlern für eine Prämierung vorgeschlagen werden. Sie müssen dazu in den beiden davor liegenden Jahren mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sein und dürfen nicht bereits anderweitig für eine Prämierung eingereicht oder ausgezeichnet worden sein. Hierüber muss eine schriftliche Erklärung des Autors bzw. der Autorin abgegeben werden. Eine vorherige (Teil-)Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus. Die Urheberrechte bleiben unberührt.

kurz + aktuell

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit eine kurze Begründung des vorschlagenden Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und ggf. Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf des Autors bzw. der Autorin und eine schriftliche Erklärung, dass mit der Arbeit kein geistiges Eigentum verletzt wurde und jede verwendete Literatur angegeben ist, sofern eine derartige Erklärung nicht bereits in der eingereichten Arbeit enthalten ist.

Die vorgeschlagene Arbeit muss fünffach und die übrigen Unterlagen müssen in neunfacher Ausfertigung bei folgender Adresse eingereicht werden:

Statistisches Bundesamt · Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik
Gustav-Stresemann-Ring 11 · 65189 Wiesbaden

Abweichend von dieser Vorgabe ist es ausreichend, die Examens- bzw. Doktorarbeit nur einfach einzureichen, wenn der Text zusätzlich als unter Windows verarbeitbare Datei zur Verfügung gestellt werden kann. Die eingereichten Unterlagen werden nicht zurückgegeben. Die Einreichungsfrist endet am 31. März 2002 (Datum des Poststempels).

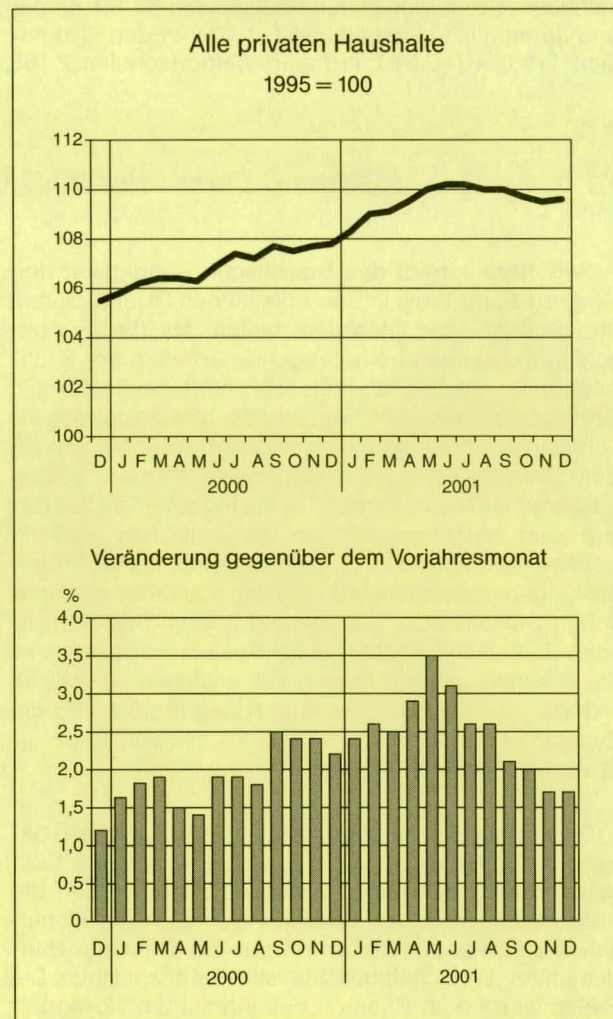
Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter Telefon: 0611 75-2695, E-Mail: institut@destatis.de, Internet: www.destatis.de.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Dezember 2001

Indexbezeichnung	1995 = 100	Veränderung zu Dezember 2000 in %
Früheres Bundesgebiet 1)		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	109,4	1,6
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	105,8	4,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	109,9	1,4
Bekleidung, Schuhe	104,3	1,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	113,3	0,9
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	104,1	1,6
Gesundheitspflege	111,8	0,9
Verkehr	115,5	1,1
Nachrichtenübermittlung	81,8	-2,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	106,0	1,1
Bildungswesen	119,4	0,2
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	108,0	2,1
Andere Waren und Dienstleistungen	110,3	2,5
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	109,0	1,7
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	108,4	1,5
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	110,1	2,0
Deutschland 2)		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	109,6	1,7

1) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Preisindex für die Lebenshaltung in Deutschland Dezember 1999 bis Dezember 2001



Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1. - 8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft EUR 2,10, Jahresabonnement EUR 22,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71-2 45, Telefax (0 26 03) 71-3 15, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2002 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.